

der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 7/2012



JUGENDOPPOSITION IN DER DDR

IM-Pastor in Schweden enttarnt

Die MfS-Hauptverwaltung Aufklärung

Wer will Koreas Wiedervereinigung?

Inhalt

Aktuell

- 3 Gespräche mit IKEA
Hungerstreik beendet
Millionster Besucher
Mahnmal eingeweiht
Fünf Jahre Opferrente

Recht

- 4 Privilegiertes Einkommen
Erinnern – Aufklärung
Zusätzliche Beratung in Sachsen

Aufarbeitung

- 5 Nichts zu bekennen und zu bereuen
- 6 Spionieren und zersetzen, Teil 2

International

- 8 Nord-Korea: Sie lebten schlimmer als Hunde, Teil 2

Hintergrund

- 10 Wer will Koreas Wiedervereinigung wirklich?

Verbände

- 12 Lernen hinter Gittern
VOS-Einladung
„Jugendopposition in der DDR“
Malgruppe Gegenwind
- 13 Spendenaufruf
Die 2. Generation

Zeitzeugen

- 14 Tatort: Bulgarien

Berichte

- 15 Schicksalsgeschenk des Zusammenseins

Service/Bücher

- 16 „Die Arbeit ist eine Sache der Ehre...“
- 17 Abgehauen
- 18 Hörbuch „Nicht geständig“
Die Akte „Reporter“
- 19 Früher Widerstand
Buchtip

Service/Veranstaltungen

- 17–19

Umschlagbild:

„Jugendopposition in der DDR“ heißt die neue zwanzigteilige Plakatausstellung, die gemeinsam von der Robert-Havemann-Gesellschaft und der Bundesstiftung Aufarbeitung erarbeitet wurde. Sie porträtiert 18 junge Widerständler und umfaßt die Zeit von den Nachkriegsjahren bis zum Ende der DDR. (weitere Informationen S. 12)

Foto: Andreas Schoelzel

Welch ein Leben, Welch ein Leben!

Von Horst Schüler


Er hat soviel mitgemacht, wie andere in drei Leben nicht, ach was, zehn Leben reichten nicht aus. Jetzt ist er hundert geworden, und eigentlich hätten die Zeitungen Seiten über ihn schreiben müssen, aber die weitaus meisten haben ihre Aufmerksamkeit anderen Dingen geschenkt, und zu seinem Ehrentag hätte sich die deutsche Prominenz um ihn drängeln müssen, doch von der hat kaum jemand den Weg zu ihm gefunden. Quatsch, was mache ich denn da? Ich will doch keine bitteren Töne in den Jubelchor mischen, nein, Bitternis hat Erwin Jöris in seinem Leben mehr als genug gehabt, zumindest jetzt sei er davon verschont.

Es wäre ja schön gewesen, wenn der „Stacheldraht“ am Tag seines Geburtstages hätte erscheinen können, am 5. Oktober also. Ging aber nicht, und so bleibt mir hier nur die nachträgliche Gratulation, dafür aber dann wenigstens im Namen aller, die mit Erwin Jahre hinter Gitter und Stacheldraht verbracht haben.

Welch ein Leben! In einer Arbeiterfamilie in Berlin geboren, als Deutschland noch einen Kaiser hatte, 1912. Zwei Jahre später der Weltkrieg, der erste. Und all die wirren Zeiten danach. Bürgerkrieg, Inflation, Massenarbeitslosigkeit, täglich Gewalt auf der Straße, Schlangen hungriger Menschen vor Suppenküchen, und die Menschen hin und hergerissen von den Versprechungen der Parteien, wie sie gegensätzlicher kaum noch vorstellbar sind. Der junge Erwin Jöris geriet in die Fänge der Kommunisten, bekam eine kleine Funktion in deren Berliner Jugendverband. Als die Nazis an die Macht kamen, ließen sie ihn das sofort büßen. Verhaftung, „Schutz“-Haft im KZ Sonnenburg. Als dort mal wieder ein Häftling totgeschlagen wurde, mußten die anderen antreten und mit dem Lied „Das Wandern ist des Müllers Lust“ um den Sarg marschieren. Entlassung im Oktober 1933 nur nach dem Versprechen, sich nie wieder an staatsfeindlichen Aktionen zu beteiligen.

Natürlich arbeitete Erwin Jöris im Untergrund. Im Mai 1934 wurde er von der KPD nach Moskau geschickt. Und hier lernte er das Paradies kennen, das die Kommunisten den Menschen versprochen und versprechen, wo sie nicht an der Macht sind – Terror allerorten. „Ich merkte, wie wir in Deutschland von der eigenen Partei belogen worden waren“, schreibt Erwin Jöris in seinem Buch „Ein Leben als Verfolgter unter Hitler und Stalin“. Sie schickten ihn nach Swerdlowsk, dort sah er, wie das Leben der einfachen Arbeiter wirklich war. Erwin Jöris: „Nein, da war kein Enthusiasmus. Es war brutaler Zwang, während die roten Bonzen lebten wie die Fürsten und alle Privilegien erhielten.“ Wieder in Moskau, wurde er Zeuge der Massenverhaftungen. Er wurde aufgefordert, die sowjetische Staatsbürgerschaft zu beantragen, doch Jöris lehnte ab. Und als er es sogar wagte, aus der Partei auszutreten, da kam es, wie es kommen mußte: Verhaftung, Lubjanka, ein Jahr später Auslieferung nach Deutschland, wieder Haft, danach Soldat, Kriegsgefangenschaft, Entlassung 1946, drei Jahre später Verhaftung, Verurteilung zu 25 Jahren u.a. wegen „Verrats des Proletariats“, Workuta, bis Dezember 1955.

Ach, nun mußte ich doch wieder bitter werden. Doch wie soll das anders gehen bei solch einem Leben? Ein Wunder nur, daß dieser Erwin Jöris nie seinen Berliner Humor verloren hat, daß er erzählen kann, wie kaum ein anderer und stets so, wie ihm „der Schnabel gewachsen war“. Und man zeige mir einen Zeitzeugen, der hundert Jahre Geschichte noch selbst erlebt hat. Die Historiker müßten Schlange stehen vor seiner Wohnung. Doch sie beziehen ihr Wissen lieber aus Büchern und Dokumenten, mögen sie auch noch so fragwürdig sein.

Lieber Erwin, wir, Deine Schicksalsgefährten, wir wünschen Dir alles Gute, wir hoffen, daß Du noch lange unter uns bleiben kannst, daß das Alter Dich ein wenig entschädigt für all das, was Dir im Leben angetan wurde. 

Gespräche über Zwangsarbeit in der DDR mit IKEA

Seit August 2012 führt Christian Sachse im Auftrag des Bundesvorsitzenden der UOKG, Rainer Wagner, mit IKEA Gespräche über die Gestaltung eines Forschungsprojektes zur Zwangsarbeit in der DDR.

IKEA hat inzwischen mehrfach hervorgehoben, daß sich der Konzern finanziell an einem solchen Projekt beteiligen wird. Unterstützt wird das Vorhaben von dem Bundestagsabgeordneten Arnold Vaatz (CDU). Auch die Geschäftsführerin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Dr. Anna Kaminsky, hat in ersten Gesprächen betont, die Kompetenzen der Stiftung einbringen zu wollen. Über Einzelheiten muß noch weiter

gesprochen werden, wenn die Ergebnisse der Recherchen von IKEA vorliegen. Auf dem Treffen der Opferverbände im November soll das Thema „Zwangsarbeit in der DDR“ in einem eigenen Tagesordnungspunkt behandelt werden, um die Interessen der Verbände kennenzulernen. Danach soll ein fundiertes wissenschaftliches Forschungsprojekt in die Wege geleitet werden.

In diesem Zusammenhang sei noch einmal daran erinnert, daß man sich per E-Mail zu diesen Fragen an den Konzern wenden kann: DDRAufarbeitung.IKEA@de.ey.com.

C.S.


Hungerstreik beendet

(igfm) Am 19. September ist der Hungerstreik von zuletzt 30 kubanischen Regimekritikern beendet worden. Die Forderung der Oppositionellen, unter ihnen auch die 67jährige Bürgerrechtlerin Martha Beatriz Roque, nach Freilassung des politischen Gefangenen Jorge Vázquez Chaviano wurde erfüllt. Die Streikenden befanden sich bereits in einem kritischen Gesundheitszustand.

Die Forderung hatte internationale Unterstützung erhalten, darunter auch von der deutschen Bundesregierung, dem ehemaligen polnischen Präsidenten Lech Wałęsa und dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion Arnold Vaatz. Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte IGfM hatte am 17. September vor der kubanischen Botschaft in Berlin eine Mahnwache gehalten.

Millionster Besucher in Bautzen

(gb) Ende August hat die Gedenkstätte ihren millionsten Besucher begrüßt. In die Gedenkstätte kamen anfangs ca. 5500 Besucher pro Jahr, seit 2009 steigerte sich die Zahl auf jährlich mehr als 100 000 Gäste. Die ständige Ausstellung der Gedenkstätte befindet sich teilweise noch im Aufbau. Bautzen


gilt als Symbol für politische Haft in Deutschland – Bautzen I ist als „Gelbes Elend“ und Bautzen II als Stasi-Gefängnis“ bekannt. Während Bautzen I nach umfangreichen Umbauten heute als moderne Strafvollzugseinrichtung genutzt wird, ist in Bautzen II die Gedenkstätte untergebracht. 

Mahnmal eingeweiht

(e.news) In der Nähe der ukrainischen Hauptstadt Kiew ist eine Gedenkstätte für Opfer des stalinistischen Geheimdienstes eingeweiht worden. Staatspräsident Viktor Janukowitsch und sein polnischer Amtskollege Bronislaw Komorowski legten Kränze nieder.

In Polen wird dieser Ort „das vierte Mahnmahl für die Opfer von Katyn“ genannt. Bykowa ist einer jener Orte, an denen 1940 die als „Massaker von Katyn“ be-

kanntgewordenen Massenmorde verübt wurden. Angehörige des sowjetischen Geheimdienstes NKWD töteten dort mehr als 3500 polnische Soldaten, Polizisten und Zivilisten.

Lange Zeit wurden die Massenmorde der deutschen Wehrmacht zugeschrieben. Im Jahr 1990 sprach der damalige sowjetische Staatschef Michail Gorbatschow erstmals öffentlich über die Verantwortung seines Landes. 


Fünf Jahre Opferrente

(st) Fünf Jahre nach Einführung der Opferrente haben ostdeutsche Bundesländer eine erste Bilanz gezogen. In Berlin bekommen derzeit knapp 8100 ehemalige politische Häftlinge die besondere Zuwendung. Einen Stau bei den Anträgen gebe es nicht mehr, sagte eine Sprecherin des Landesamtes für Gesundheit und Soziales. Seit das Gesetz in Kraft getreten ist, seien knapp 11 600 Anträge gestellt worden. Die Prüfung eines Antrages dauere vier bis sechs Monate.

In Brandenburg wurden bis zur Mitte dieses Jahres knapp 7000 Anträge gestellt, knapp 4300 ehemalige Häftlinge erhalten dort zur Zeit die Rente. Die Zahl der bewilligten Anträge liegt bei 5000, manche Antragsteller sind allerdings bereits verstorben oder bekamen die Zuwendung wieder entzogen, z.B. wegen bestimmter Vorstrafen oder Stasi-Mitarbeit.

In Mecklenburg-Vorpommern wurden bisher insgesamt 6144 Anträge gestellt, davon 4488 bewilligt. Derzeit beziehen 4071 Opfer des SED-Regimes diese Rente. Noch immer gingen durchschnittlich 14 Anträge pro Monat ein, teilte das Justizministerium des Landes mit.

9935 Anträge seien in Sachsen bewilligt worden, erklärte die Landesdirektion Sachsen. Bis zum 24. August 2012 hätten 14 270 Menschen die Zuwendung beantragt. 1135 seien während der Antragstellung verstorben. Abgelehnt worden sei u.a., wenn die Verdienstgrenze überschritten oder ein anderes Bundesland zuständig war. Die Landesdirektion geht von ca. 5000 Menschen aus, die berechtigt sein könnten, bisher aber noch keinen Antrag gestellt haben, viele darunter, deren Einkommen derzeit zu hoch sei.

In Thüringen wurden seit Inkrafttreten des Gesetzes knapp 6200 Anträge bewilligt. Bundesweit bekommen etwa 38 000 ehemalige politische Häftlinge die Opferrente. 

AG Lager Sachsenhausen

(rk) In der nächsten Ausgabe (8/2012) wird ein ausführlicher Rückblick erscheinen auf die Gedenkveranstaltung der Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945-1950 e.V. vom 21. bis 23. September, die am Sonntag, dem 23. September, gemeinsam mit der Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen stattfand.

Privilegiertes Einkommen

Immer wieder kommt es bei Behörden zu Fehlern im Zusammenhang mit den Leistungen nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen. Oft ist den Mitarbeitern dort nicht bewußt, daß es sich bei vielen dieser Leistungen um sogenanntes privilegiertes Einkommen handelt, das anders behandelt wird als nicht privilegiertes.

So bleiben Kapitalentschädigung und Opferrente nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz sowie Ausgleichsleistungen nach dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz bei „Sozialleistungen, deren Gewährung von anderen Einkommen abhängig ist, unberücksichtigt.“

Interessant zu wissen ist in diesem Zusammenhang, daß zu den Sozialleistungen auch die Prozeßkostenhilfe gehört. Dies ist erfahrungsgemäß noch nicht bei allen Gerichten bekannt.

Neben dem Sozialrecht sind Entschädigungen für SED-Unrecht auch im Steuerrecht privilegiert. Die steuerrechtliche Privilegierung liegt gut versteckt in den Untiefen des Steuerrechts. Die ausschlaggebende Vorschrift, auf die sich Betroffene dabei berufen können, ist § 3 Nr. 23 Einkommenssteuergesetz (EStG). Demnach sind Leistungen nach dem Häftlingshilfegesetz, dem Strafrechtlichen Re-

habilitierungsgesetz, dem Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz und dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz steuerfrei. Das Finanzamt darf also an diese Leistungen nicht heran.

Die besondere Zuwendung für Haftopfer genießt über all dies hinaus noch einen besonderen Schutz. Denn über die genannten Privilegierungen hinaus ist sie auch vor der Zwangsvollstreckung geschützt – sie ist nämlich unpfändbar.

Florian Kresse,
Jurist

Erinnern – Aufklärung

DDR-Unrecht – „angemessene Entschädigung“

Veranstaltung des Netzwerks Stasiopfer Selbsthilfe e.V. am **8. November 2012**

Ort: Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL), Plenarsaal, Freiherr-von-Stein-Platz 1, 48147 Münster

13.00 Uhr – Begrüßung durch den leitenden Landesverwaltungsdirektor Paul Griestop als Vertreter des LWL

13.10 Uhr – „Vor 60 Jahren. Abriegelung an 1400 km innerdeutscher Grenze und Zwangsausiedlungen (Aktion Ungezie-

fer)“, Dr. Sascha Möbius, Leiter Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn

14.00 Uhr – Zeitzeugen der Zwangsausiedlung, Berichte von Inge Bennewitz und Ernst O. Schönemann (UOKG-Vorstand)

15.30 Uhr – „Ende Oktober 1992 – 2012. 20 Jahre 1. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz und Folgegesetze“, Dr. Anna Kaminsky, Geschäftsführerin der Bundesstiftung Aufarbeitung

16.45 Uhr – „Vor 20 Jahren Verabschiedung des 1. SED-Unrechtsbereinigungs-

gesetzes. Was ist daraus geworden?“, Harry Hinz, Vorsitzender Netzwerk Stasiopfer Selbsthilfe e.V. und Regionalbeauftragter NRW und Niedersachsen der UOKG

17.00 Uhr – Offene Podiumsdiskussion mit RA Brigitta Kögler, Jena, Inge Howe MdL, stellv. Vorsitzende des Petitionsausschusses NRW (angefr.), Dr. Anna Kaminsky, Sven Busse, Landesministerium Arbeit und Soziales NRW (angefr.)

Ende ca. 19.00 Uhr



Zusätzliche Beratung in Sachsen

(Istu/fs) Seit Jahren bietet der Sächsische Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen neben seiner Beratung in der Dresdner Geschäftsstelle regionale Bürgersprechstunden zu Fragen der Rehabili-

tierung an. Die hohe Nachfrage zeigt, daß dieses Thema noch immer virulent ist und verschiedene Aspekte des DDR-Unrechts häufig erst verzögert zutage treten. Für viele Betroffene markiert der Renteneintritt den Beginn des persönlichen Aufarbeitungsprozesses, oft geht es um Rentennachteilsausgleiche. Die regionalen Angebote sind deshalb so wichtig, weil viele der Ratsuchenden aufgrund ihrer eingeschränkten Mobilität auf die Vor-Ort-Angebote angewiesen sind. Berater Utz Rachowski ist im Auftrag des Landesbeauftragten unterwegs und beantwortet Fragen zur strafrechtlichen, beruflichen und verwaltungsrechtlichen Rehabilitation von SED-Unrecht.

Die nächsten Beratungstermine finden jeweils von 9.00 bis 18.00 Uhr in folgenden Städten statt:

Wurzen – 16.10.2012 – Rathaus Wurzen, Friedrich-Ebert-Str. 2, Zi. 151 (1. Etage), Tel. (034 25) 85 60-103

Oschatz – 17.10.2012 – Stadtverwaltung Oschatz, Rathaus, Neumarkt 1, Zi. 002, Tel. (034 35) 970-29

Delitzsch – 23.10.2012 – LRA Niedersachsen, Richard-Wagner-Str. 7a, Haus B, Raum 4.12 (Untergeschoß), Tel. (03 42 02) 988-62 48

Markranstädt – 24.10.2012 – Mehrgenerationenhaus Markranstädt, Weißbachweg 1, Raum 2, Tel. (03 42 05) 44 99 42

Borna – 25.10.2012 – Stadtverwaltung Borna, Bürgerhaus „Goldener Stern“, Markt 11, Fraktionszimmer, Tel. (034 33) 873-0



Archiv-Führungen zum Tag der offenen Tür

Öffentliche Führungen durch das Archiv der BStU, Außenstelle Dresden, Riesaer Straße 7, 01129 Dresden, finden jeden letzten Donnerstag im Monat zum Tag der offenen Tür, ab 14.30 Uhr, statt. Gruppenführungen sind nach Voranmeldung jederzeit möglich, Tel. (03 51) 25 08 34 11.

Anträge auf Akteneinsicht können zur Führung gestellt werden. Dazu wird ein Personaldokument benötigt.

Nichts zu bekennen und zu bereuen

Pfarrer und Stasi-Mann Alexander Radler enttarnt

Das Dorf Burträsk hat nur 1575 Einwohner und liegt im waldreichen Norden Schwedens nahe der Ostseeküste. Dort wohnte seit 1995 der 1944 in Wien geborene Alexander Radler, der früher in der DDR gelebt und als Inoffizieller Mitarbeiter in Diensten des Ministeriums für Staatssicherheit in Berlin-Lichtenberg gestanden hatte. Getarnt als Seelsorger hoffte er, unentdeckt zu bleiben, wenn eines Tages ruchbar werden sollte, daß er ein Vierteljahrhundert lang für Erich Mielke gearbeitet hat. Angeworben worden war er 1965 von den immer wachsenden DDR-Tschekisten, als er an der Humboldt-Universität in Ostberlin Theologie studierte. Bis zum Mauerfall am 9. November 1989 hatte er Kontakt mit der Staatssicherheit, was jetzt in seiner Täterakte von 1000 Seiten, die auch seine Observierungsberichte enthalten, nachweisbar ist.

In Schweden wäre er wohl bis zu seinem Tode unentdeckt geblieben, wenn seine Akte nicht in der Berliner Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen gefunden worden wäre. Die schwedischen Behörden nämlich gehen mit ehemaligen Agenten der DDR-Staatssicherheit behutsam und nachsichtig um. Da ihre Verbrechen inzwischen verjährt sind, scheint niemand daran interessiert zu sein, die Öffentlichkeit darüber zu informieren, welchen Gefahren der neutrale Staat Schweden während des Kalten Krieges ausgesetzt war. Die 1943 geborene Historikerin Birgitta Almgren aus Stockholm, die 2011 das Buch „Inte bara spioner... Stasi-infiltration i Sverige under kalla kriget“ (Nicht nur Spione... Stasi-Infiltration in Schweden während des Kalten Krieges) veröffentlichte, hat das selbst erfahren müssen. Ihr Gesuch, die Akten der schwedischen Sicherheitspolizei einsehen zu dürfen, wurde zunächst abschlägig beschieden, bis sie sich den Zugang durch einen Gerichtsprozeß erstritt. Die Auflagen, denen sie sich unterziehen mußte, waren: keinen Kontakt zu den betroffenen Ex-Agenten aufzunehmen; während der Arbeit im Archiv keine Notizen anzufertigen; in ihrem Buch die Namen der Betroffenen zu anonymisieren. Unter diesen Prämissen scheint die Enttarnung Alexander Radlers wie ein Türöffner zu den Geheimakten der schwedischen Polizei!

Nach einem Gutachten des Berliner DDR-Forschers Prof. Dr. Helmut Müller-En-

bergs, der 2011 an der Universität Visby auf der Insel Gotland Vorlesungen über DDR-Spionage hielt, war der einstige DDR-Bürger Radler mit österreichischem Paß nicht nur als einfacher „Aufklärer“ für die Genossen in der Normannenstraße tätig, sondern er gehörte einer MfS-Elite an und brachte es zudem auf immerhin 25 Dienstjahre, was höchst selten war. Von den 189 000 Zuträgern der Staatssicherheit hatten nur 3900 diesen elitären Status. Den Fall aufgedeckt und den Pfarrer gestellt hatte die Stockholmer Wochenzeitung „Expressen“, die den Ex-Agenten im Frühjahr 2012 im nord-schwedischen Burträsk mit belastenden Dokumenten konfrontierte. Die Antwort des beschuldigten Pfarrers war: „Ich bin nicht Spion, ich war nie Spion und habe meines Wissens nie etwas mit der Stasi zu tun gehabt... Ich habe nichts zu bekennen und zu bereuen.“ Auch die in den Akten geleisteten Unterschriften wären nicht seine. Trotz dieser Aussage trat er als Pfarrer von seinem Amt zurück. Später aber bekannte er gegenüber der schwedischen Tageszeitung „Dagens Nyheter“ in Stockholm: „Ich bedaure den ganzen Handlungsverlauf zutiefst und werde in der kommenden Zeit meine Lebensgeschichte bearbeiten.“ Seine Frau bestätigte gegenüber der Zeitung, ihr Mann wäre tatsächlich der „inoffizielle Mitarbeiter Thomas“ gewesen.

Bevor Alexander Radler 1968 nach Schweden gekommen war, um an der Universität Lund Theologie zu studieren, war er bereits tief in MfS-Aktivitäten verstrickt. Schon im ersten Jahr nach der Anwerbung hatte er 121 Kontakte mit seinen Führungsoffizieren. Er beobachtete, welchen Einfluß die Niederschlagung des „Prager Frühlings“ im Sommer 1968 auf das Denken der DDR-Studenten hatte und lieferte der Staatssicherheit die Namen von sechs Jenaer Studenten, die ihre „Republikflucht“ planten und dann zu Gefängnisstrafen von anderthalb bis vier Jahren verurteilt wurden; zwei von ihnen nahmen sich während der Haft das Leben. Als die Staatssicherheit befürchtete, seine Identität als Inoffizieller Mitarbeiter könnte im bevorstehenden Prozeß gegen die „Republikflüchtlinge“ aufgedeckt werden, beschloß die MfS-Führung, im Einverständnis mit dem „Genossen Minister“, daß Radler „aus operativen Gründen ins kapitalistische Ausland“ reisen sollte. Wenn aber die Schweden

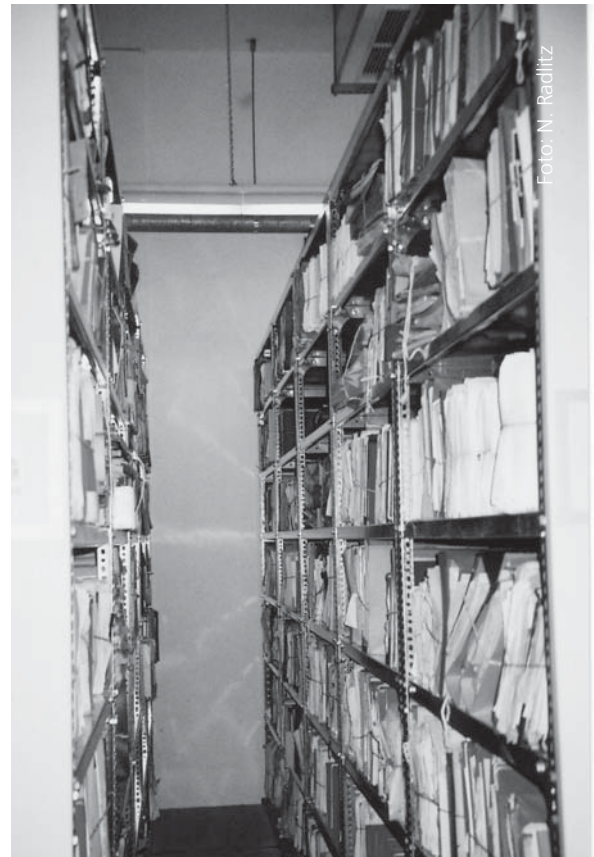


Foto: N. Radlitz

Füllte mit seinen Berichten zahlreiche Aktenordner des MfS: Pastor Alexander Radler.

Verdacht schöpften, sollte er die Fähre von Trelleborg nach Polen nehmen, das Ministerium würde dann „für alles Nötige sorgen“.

Alexander Radler gehört zu den DDR-Theologen, die nicht gerade von christlicher Nächstenliebe erfüllt waren. Nicht Gott, sondern Erich Mielke waren sie untertan und verrieten ihre Mitbürger reihenweise. Es gab aber nicht nur Pfarrer und Bischöfe im Dienste der deutschen Tschekisten, sondern auch MfS-Offiziere, die im Auftrag Erich Mielkes Theologie studierten, um die Evangelische Kirche zielsicherer zersetzen zu können. Ein weites Arbeitsfeld für DDR-Forscher.

Jörg Bernhard Bilke

Umzug?

Dann vergessen Sie bitte nicht, an die Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Ihre neue Adresse zu schicken. So lassen sich Lieferausfälle vermeiden.

Spionieren und zersetzen

Die Spionage der „Hauptverwaltung Aufklärung“ gegen die Bundesrepublik Deutschland

Von Bernd Lippmann

Teil 2

Die Wirtschaftsspionage spielte eine herausragende Rolle bei den Aktivitäten der Hauptverwaltung Aufklärung (HV A), die nach den Wünschen der DDR-Wirtschaft Informationen, Materialien, Muster etc. beschaffte. Die Wunschlisten der DDR-Industrie an die HV A hatten dabei fast den Charakter eines „Quelle“-Katalogs. Die HV A und der Bereich Kommerzielle

hinderte paradoxerweise die Fähigkeit zur Eigenentwicklung.

Besonders bemerkenswert war die „Ein-Megabit-Lüge“ (ein von Werner Großmann verwendeter Begriff). Großmann warnte Minister Mielke, Mielke warnte seinerseits ZK-Sekretär Günter Mittag. Mittag jedoch wehrte die Mahnung ab und enthielt sie Honecker vor. Dieser pries den Ein-Megabit-Chip als Eigenentwicklung der DDR an. Die Blamage gegenüber Gorbatschow wurde nur noch durch die Häme auf internationaler Ebene übertroffen. Es erscheint höchst bemerkenswert, daß ehemals hochrangige Vertreter des Sektors Wissenschaft und Technik (SWT) der HV A sogar heute noch die Legende von der Eigenentwicklung aufrechterhalten.

Nun einige Anmerkungen zu den „Aktiven Maßnahmen“ der HV A. Aktionen wie die Gründung von Publikationsorganen, z.B. „Extra-Dienst“ (1967), CDU-Pressedienst „Die Mitte“ (1973-1983) oder Broschüren der in die DDR gegangenen Inge Goliath, lassen die große Bandbreite der Versuche politischer Einflußnahme in der Bundesrepublik erahnen. Die „Maßnahme Dr. Schleyer“ (1977), der „Barschel-Brief“ (1987) oder die „Affaire Kohl/Biedenkopf“ zeigen die Zielrichtung. Die Unterstützung der „Generale für den Frieden“, organisiert von Oberstleutnant Manfred Laszak, dem Chef des Referates 2 der HV A-Abteilung X (Innenpolitik BRD) zeigt die offensive Beihilfe für politisch nahestehende Strömungen.

Major Günter Jäpel, auch ein Mitarbeiter des Referates 2, reichte an der Hochschule des MfS (Juristische Hochschule) eine Diplomarbeit ein, in der er die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGfM) beschrieb. Im Bestand der Diplomarbeiten beim BStU ist diese Arbeit heute vorhanden. Allerdings fehlen die 17 Seiten des Anhangs. Der Anhang wurde schon zu Zeiten des MfS als ganz besonders geheim, also doppelt gesperrt, klassifiziert. Die IGfM galt dem Ministerium für Staatssicherheit in den 70er und 80er Jahren als eine der Haupt-Feindorganisationen (wie die VOS und der Untersuchungsausschuß freierwilliger

Juristen, UfJ, in den 50er Jahren oder die „Arbeitsgemeinschaft 13. August“ von 1962 bis 1989). Sie prangerte in Form von Pressekonferenzen, Flugblättern und Zeitschriften Menschenrechtsverletzungen der DDR an, setzte sich für die Freilassung politischer Häftlinge ein und beriet Ausreisewillige. Folgerichtig wurde sie vom MfS intensiv bekämpft. Bis heute halten sich manche Anschuldigungen, die dazumal vom MfS gegen die IGfM erhoben wurden, obwohl MfS-intern deren Haltlosigkeit bekannt war. Zwei Beispiele der desinformierend-zersetzenden Arbeit der HV A gegen Menschenrechtsorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland sollen dies verdeutlichen.

Gegen die Gesellschaft für Menschenrechte (ab 1972 Internationale Gesellschaft für Menschenrechte) erarbeiteten die Arbeitsgruppen um Oberst Genschow (HVA/1) und Oberst Wagenbreth (HVA/X) im Juni 1979 eine Vorlage mit dem Titel: „Aktion ‚Natter‘ - Weitere Diskreditierung der ‚Gesellschaft für Menschenrechte‘ (GfM)“. Dort heißt es:

„Zur weiteren Bekämpfung der GfM als einem Zentrum der politisch-ideologischen Diversion wird in Absprache und unter Mitwirkung des KfS [Komitee für Staatssicherheit – d. Autor] vorgeschlagen, einen Brief an den UNO-Generalsekretär zu versenden, in dem ein führendes Mitglied der ‚Arbeitsgruppe für Menschenrechte - Sitz Berlin‘ (AfM), N.N., die sich 1978 mit der GfM-Zentrale überworfen hat, aus der GfM ausgetreten ist und sich der AfM angeschlossen hat, darüber Beschwerde führt, daß die GfM auf ihren Publikationen widerrechtlich die Symbolik der UNO benutzt, um damit den Eindruck zu erwecken, als würden die Aktivitäten der GfM von der UNO gefördert bzw. gebilligt. Die N.N. wurde deshalb als Verfasserin des Briefes gewählt, weil gegen sie vom Geschäftsführer der GfM, Agrusow, gerichtliche Schritte eingeleitet wurden, da ihr vorgeworfen wird, bereits des öfteren mit Verleumdungen gegen die GfM aufgetreten zu sein.“

Ziel der Maßnahme ist es, die GfM international zu diskreditieren, ihre Mitglieder zu verunsichern, die vorhandenen Diffe-



Haus 3 der MfS-Hochschule der Hauptverwaltung Aufklärung in Gosen.

Koordinierung (Koko) im Ministerium für Außenhandel beschafften die gewünschten Geräte, Materialien und Unterlagen gemäß Anforderungsdefinitionen, die von den Betrieben bzw. Institutionen kamen. Beispiele aus der sächsischen Hochschulstadt Freiberg sollen dies illustrieren. Im Jahr 1987 bestellte das Brennstoffinstitut Freiberg einen Computer IBM 6151. Das Institut für Nichtisenmetalle bestellte einen Multidosimat. Die Bergakademie orderte Thermolemente, das Kondensatorenwerk bestellte Tantalkondensatoren. Die Wunschlisten von Industrie und Wissenschaft wurden von HV A und Koko abgearbeitet.

Wirtschaftsspionage war sozusagen das produktivste Feld der DDR-Spionage. Das MfS galt den SED-Führern als „verlängerte Werkbank“.

Im Zeitalter der Hochtechnologie war Wirtschaftsspionage zunehmend kontraproduktiv. Die DDR war weit davon entfernt, diese Technologie gemäß westlichen Standards zu beherrschen. Jedes wissenschaftliche und technische Dokument, auch wenn es öffentlich zugänglich war, das in die DDR verbracht wurde, be-

renzen zwischen der GfM und der AfM zu verbreitern sowie entsprechend der Reaktion des UNO-Generalsekretärs der Bundesregierung weitere Möglichkeiten eines Vorgehens gegen die GfM zu liefern.

Bei erfolgten Reaktionen wird weiterhin vorgeschlagen, den Brief der AfM anonym an Massenmedien der BRD zu versenden.

Der Brief wird Ende Juni 1979 über die AG Grenze von Düsseldorf aus versandt.

Die Freunde werden von der Maßnahme informiert.“

Die Arbeitsgruppe für Menschenrechte (AfM) war eine Berliner Abspaltung von der IGfM mit gleicher Zielstellung. Die „Freunde“ waren die Genossen vom KGB. [...]

Politische Einflußnahme geschah durch die HVA aber auch gegen Menschenrechtsgruppen, die sich politisch als eher „links“ verstanden, wie zum Beispiel Amnesty International (ai). Die Abteilung II der HVA stellte mit Stolz fest:

„Im Londoner Sekretariat von ai konnte durch gezielte Einflußnahme [Argument, DDR und Bundesrepublik Deutschland seien ein Staat - d. Autor] verhindert werden, daß bundesdeutsche Gruppen politische Gefangene in der DDR betreuen.“

Um des operativen Zweckes willen opferte man also sogar ansonsten propagandistisch vorgetragene staatsrechtliche Sichtweise, daß nämlich beide Staaten für einander Ausland seien.

Um die Behauptung, die DDR sei im Gegensatz zur Bundesrepublik Deutschland geradezu der Staat gewordene Antifaschismus, zu untermauern, unternahm die Abt. X der HVA in Zusammenarbeit mit der Abt. 11 der Hauptabteilung IX eine Vielzahl von Versuchen, Persönlichkeiten der Bundesrepublik durch den Vorwurf, eine Nazivergangenheit zu haben, zu diskreditieren. Die ehemaligen Nazis, die in der DDR öffentliche Ämter ausfüllten, waren dagegen für das MfS in dieser Propaganda-Strategie etwas anderes. Die Logik des MfS: Die eigenen Nazis haben umgelernt, die Nazis in der Bundesrepublik sind die alten. Der Nazi-Vorwurf wurde somit zum propagandistischen Kampfinstrument des MfS, d.h. der SED.

Alle Diensteinheiten des MfS arbeiteten am gemeinsamen Ziel, „den Feind“ zu vernichten und die DDR zu stärken und

damit „den Frieden zu sichern“. Im Abwehrbereich des MfS kennt man den Begriff der Politisch-Operativen Zusammenarbeit, womit die Kooperation der Diensteinheiten untereinander gemeint war. Der Begriff des Politisch-Operativen Zusammenwirkens (POZW) meinte dagegen die Kooperation des MfS mit anderen staatlichen Organen und „gesellschaftlichen Organisationen“. Alle Institutionen des Staates arbeiten schließlich am gemeinsamen Ziel (und vor allem: dem MfS zu). Selbstverständlich betraf dieses Zusammenwirken auch die HV A insgesamt.

Für die Einsatzgebiete der IM von Abwehr und Aufklärung gab es daher keine scharfe Trennungslinie. Teile von Abwehr-Diensteinheiten arbeiteten also auch gemäß der Richtlinie 2/79 (statt nach RL 1/79).

In der Dienstanweisung vom 20.2.1982 wurde festgelegt, daß die HV A „verstärkt in die Bearbeitung der Opposition einbezogen“ wird. Es heißt dort, Ziel sei „...die rechtzeitige Aufklärung und Dokumentierung der Pläne, Absichten und Maßnahmen feindlicher Führungszentren zur Inspirierung und Organisation von Politischer Untergrundtätigkeit in der DDR durch Geheimdienste, Zentren der Politisch-Ideologischen Diversion und anderer feindlicher Zentren“.

Werner Großmann schreibt dazu: „Natürlich arbeiteten wir mit den Diensteinheiten der Abwehr zusammen, gewährten Diensthilfe (z.B. bei Fluchthilfe-Unternehmungen). Unsere DDR-IM waren angehalten, auch Infos für die Abwehr bereitzustellen.“

Die Bekämpfung der inneren Opposition wurde explizit angewiesen, wie zum Beispiel durch eine Weisung der Linie XV in der Bezirksverwaltung Berlin vom 19.10.1987. Heinz Busch, ehemaliger Oberst in der HV A, kennzeichnet die Aufgabe der HV A nach innen mit dem Begriff „Zerschlagung der gegnerischen Kräfte in der DDR“. Klaus Rösler, ehemaliger Leiter der HV A-Abteilung XII führt aus, daß die Dienstleistungen der HV A für die Abwehr in der zweiten Hälfte der 80er noch zunahmen. [...]

Der dagegen immer wieder zu konstatierende elitäre Anspruch von Angehörigen der HV A gegenüber anderen Stasi-Leuten wird durch einen Mitarbeiter der HA IX kommentiert. Der ehemalige Vernehmer Uwe Karlstedt schrieb im Jahre 2001 in einem Leserbrief:



Werner Großmann: „DDR-IM waren angehalten, auch Infos für die Abwehr bereitzustellen.“

„Ich wehre mich ganz entschieden gegen die Darstellung von zwei Teilen innerhalb des MfS, dem ach so ehrenhaften Auslandsnachrichtendienst und dem Rest, der für die ‚innere Repression‘ zuständig war. Das MfS war ein alles umfassender Krake, der in jeden Lebensbereich der Menschen kroch und zwar arbeitsteilig, aber sehr ‚effektiv‘ Hand in Hand arbeitete.“ [...]

Häufig wird die Frage gestellt, welches Maß von Qualität und Effizienz der HV A im internationalen Vergleich zugestanden werden kann und muß. Solange die Archive anderer Geheimdienste, vor allem KGB und BND oder Verfassungsschutz verschlossen sind, wird man auf eine Antwort warten müssen. Vermeintliche und wirkliche Erfolge, Mißerfolge oder Leistungen sind, solange sie nur höchst partikulär bekannt sind, keine hinreichende Grundlage für die Beantwortung dieser Frage. Außerdem: Am Beispiel des Kanzleramt-Spions Guillaume zeigt sich, daß Bewertungen sogar innerhalb des MfS höchst gegensätzlich sein konnten.

Eine politisch-moralische Bewertung hängt davon ohnehin nicht wesentlich ab. Sie richtet sich nicht nach den Instrumenten der Staaten, was ja die Geheimdienste sind, sondern nach der Legitimation der Machtausübung im Staat an sich.

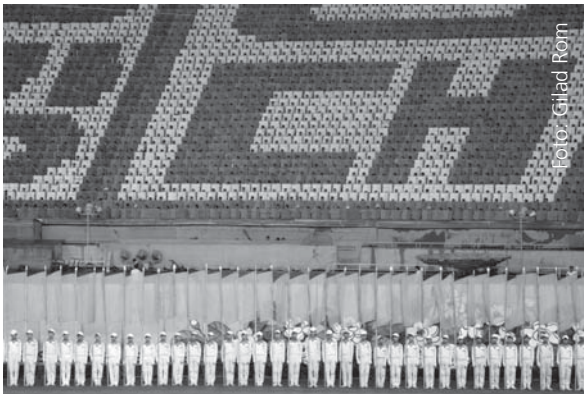
(Der Beitrag beruht auf einem Vortrag des Autors für eine wissenschaftliche Konferenz in Odense/Dänemark 2008 zum Thema Hauptverwaltung Aufklärung; als Aufsatz bei Routledge, Milton Park 2010 erschienen; leicht redaktionell bearbeitet und stark gekürzt.)

Nordkorea: Sie lebten schlimmer als Hunde

Teil 2

Auf der diesjährigen Hauptversammlung der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGfM) berichtete Hye Sook Kim von den 28 Jahren ihres Lebens in einem nordkoreanischen Arbeitslager für politische Gefangene.

Die Kinder in Gwalliso Nr. 18 verbringen mehr Zeit bei der Arbeit als in der Schule. Kinder, die weder zur Schule noch zum Arbeiten gehen, werden festgenommen. Sammeln die Kinder Feuerholz für die



Kollektive Abrichtung: Beim Arirang-Festival im 1.-Mai-Stadion.

Verwaltungsbeamten, bekommen sie im Gegenzug Getreide. Kinder haben niemals Freizeit, weil die Beamten der Meinung sind, die Kinder könnten, wenn sie Freizeit hätten, über Flucht nachdenken. Direkt neben einem Verwaltungsgebäude gab es eine Schule, in der sowohl Kinder der Grund- als auch der Hauptschule unterrichtet wurden. Die Kinder von Beamten wurden streng von den Kindern der Gefangenen getrennt. Die Kinder der Beamten sowie die Kinder von ehemaligen Gefangenen wurden von gut ausgebildeten Lehrern unterrichtet und hatten so die Möglichkeit, auf angesehene Universitäten zu gehen. Die Kinder der Gefangenen hingegen wurden von Lehrern unterrichtet, die selbst nie ein College besucht hatten. So kann man sagen, daß diesen Kindern kaum etwas beigebracht wurde. In der ersten Klasse lehrte man sie grundsätzliche Dinge, wie z.B. den Revolutionsgedanken von Kim Il-Sung sowie das koreanische Alphabet, das Lesen und Schreiben von Zahlen sowie Zeichen. Die Grundschule dauerte vier, die Hauptschule fünf Jahre. Seit kurzem dauert die Hauptschule sechs Jahre. Die Kinder der Gefangenen wurden, nachdem sie die Hauptschule beendet hatten, in die Minen geschickt, um dort zu arbeiten.

Während der Schulzeit wurden zweimal Schuluniformen verteilt: einmal in der

Grundschule und einmal in der Hauptschule. Mit 13 Jahren ging ich zum ersten Mal in Gwalliso zur Schule. Damals trugen viele Kinder abgetragene Kleidung. Selbst während der Wintermonate kamen viele Kinder barfuß zur Schule, weil sie keine Schuhe hatten. Die Folge davon war, daß viele Frostbeulen an den Füßen bekamen und ihnen die Füße schließlich amputiert werden mußten. Viele Kinder schienen keine Schmerzen zu haben, obwohl sie Frostbeulen hatten, weil sie wahrscheinlich schon daran gewöhnt waren. Im Winter wickelte ich meine Füße in Fetzen einer Decke und band diese mit dünnen Schnüren zusammen.

Gefangene durften nicht fragen, warum sie in Haft waren. Tat man dies doch, stand darauf die Todesstrafe. Hätte ich gesagt: „Ich bin hier, weil meine Eltern aus mir unbekanntem Gründen hier sind. Meine Eltern sind aber seit langem tot – also warum wurde ich noch nicht freigelassen?“, so hätten die Beamten geantwortet: „Stellst du die Gesetze von Gwalliso in Frage? Wenn dem so ist, dann müssen wir dich öffentlich hinrichten.“ Die Beamten drohten mit Aussagen wie: „Wir müssen diese öffentlichen Hinrichtungen durchführen, weil wir sonst nicht mit all den vielen Gefangenen fertig werden.“ Meine Mutter hatte nie erfahren, warum man sie gefangen genommen und nach Gwalliso Nr. 18 gebracht hatte.

Während der Vorkommnisse in Simhwajo im Jahre 1997 wurden zahlreiche Gegner Kim Jong-Ils hingerichtet bzw. in das Lager Gwalliso Nr. 18 gebracht. Es war damals ein riesiger Skandal. [Als Kim Jong-Il 1997 an die Macht kam, wurden 20 000 hochrangige nordkoreanische Beamte getötet. Alle Bewohner des Lagers wurden gezwungen, die Hinrichtungen mit anzusehen. – d. Red.] Viele Gegner Kim Jong-Ils, darunter auch der Fraktionsvorsitzende der Arbeiterpartei der Provinz Gangwon, wurden öffentlich hingerichtet oder in die Minen geschickt, um dort zu arbeiten. Viele wurden brutal geschlagen und starben. Diese Leute und all ihre Familienangehörigen, die ja gar keine Schuld trafen, wurden in das Lager Gwalliso Nr. 18 gebracht. Es gab jedoch nicht genügend Platz für all die neuen Gefangenen. So war ich gezwungen, mein Haus mit anderen zu teilen. Als diejenigen, die den Vorfall in Simhwajo zu verantworten hatten, mit ihren Familien in

das Lager kamen, wurde die Atmosphäre noch gespannter. Am Tag vor einer öffentlichen Erschießung wurde diese mit den Worten „öffentliche Verhandlung“ angekündigt. Die öffentlichen Hinrichtungen, ganz gleich, ob es sich um Erschießen oder Erhängen handelte, fanden auf dem dafür vorgesehenen Platz nahe des Kraftwerkes statt. Sogar die Wachen von Gwalliso Nr. 14 hielten inne und sahen zu, wenn sie an einer dieser Hinrichtungen vorbeikamen. Man brachte den Gefangenen, der vorher halb tot geschlagen worden war, zum Ort, an dem die Hinrichtung stattfand. Jährlich wurden mehr als 100 Hinrichtungen durchgeführt. Die Häftlinge wurden aus unterschiedlichen Gründen hingerichtet. Sie reichten von Diebstahl von Vollkornmehl aus Gwalliso Nr. 14 bis hin zu Aberglaube. Die 53jährige Mutter einer meiner Bekannten wurde hingerichtet, weil sie abergläubisch war.

Meine Familie wurde am 16. Februar 2001 freigelassen. Meine beiden anderen Schwestern und mein Bruder leben noch immer dort. Gefangene werden normalerweise an speziellen Tagen, wie z.B. dem 16. Februar (Geburtstag von Kim Jong-Il), dem 15. April (Kim Il-Sungs Geburtstag) oder am Tag des 50jährigen Parteijubiläums, freigelassen. Am Tag meiner Freilassung wurden sieben weitere Familien freigelassen. Wenn Gefangene freigelassen wurden, versammelten sich alle Häftlinge, und diejenigen, die freigelassen werden sollten, mußten sich hinsetzen. Dann sagten die Wachen den folgenden Satz: „Gefangene, auch ihr werdet freikommen, wenn ihr hart arbeitet.“ Danach gingen die Freigelassenen durch die Menge und man gratulierte ihnen, obwohl man neidisch auf sie war, und schenkte ihnen Blumen. Sie waren nun zwar frei, mußten jedoch eine Erklärung unterschreiben, die besagte, daß sie nichts von dem, was sie gesehen hatten, erzählen würden. Dann wurde ihnen dort, wo diejenigen, die frei waren, lebten, ein Aufenthaltsort zugeteilt. Den freigelassenen Häftlingen stand es jedoch auch frei, in einem anderen Gebiet zu leben und zu arbeiten.

Nach meiner Freilassung fragte ich die Wachen, ob sie mir Auskünfte über meine Verwandten geben könnten, und machte mich auf die Suche nach ihnen. Als ich mich mit meinem Onkel traf, fand ich endlich heraus, warum ich 28 Jahre lang in

Gwalliso hatte leben müssen. Mein Onkel sagte, mein Großvater sei nach Süd-Korea geflohen, und selbst dessen ältester Sohn habe dies lange nicht gewußt. Meine Familie war nach Gwalliso gebracht worden, weil sich mein Vater um meine Großmutter kümmerte. Hätte mein Onkel mit meiner Großmutter zusammengelebt, hätte auch ihn ein anderes Schicksal ereilt. Er aber hatte das Glück, eine Frau zu heiraten, die in einem kleinen Dorf lebte, und entkam so diesem grausamen Schicksal. In Süd-Korea angekommen, gab ich dem Geheimdienst den Namen meines Großvaters. Bis jetzt habe ich jedoch noch nichts darüber in Erfahrung bringen können, was mit ihm passiert ist.

Ich war zwar nun frei, hatte jedoch weder Geld noch einen Ort, an den ich hätte gehen können. 2002 traf ich einen Bekannten, der mich einer alten Frau vorstellte, die ihr Haus für 600 000 Won verkaufen wollte. Da ich nicht genug Geld hatte, beschloß ich bei ihr zu leben, bis ich das Geld aufbringen konnte. Durch den Verkauf von Stoffen war ich in der Lage, etwas Geld zusammenzusparen. Als ich eines Tages von einer Geschäftsreise aus Chongjin zurückkam, mußte ich feststellen, daß mein Haus von einer Flut fortgespült worden war. Während der Flut habe ich auch meine 12jährige Tochter und meinen 9jährigen Sohn verloren – ihre sterblichen Überreste konnte ich nicht finden. Immer, wenn Kinder an mir vorbeigehen, tut mir das Herz weh, als wären dies meine eigenen Kinder.

2003, nachdem ich meine Kinder verloren hatte, wurde ich sehr krank. Während meiner Geschäfte in Chongjin beschloß ich, dort einen privaten Arzt aufzusuchen. Zwar war die medizinische Behandlung durch einen privaten Arzt günstiger als die durch ein Krankenhaus, aber dennoch mußte ich 500 Won für die stationäre Behandlung, 800 Won für die Medikamente und weitere 500 Won für die ambulante Behandlung sowie 500 Won für das Essen bezahlen. Als ich kein Geld mehr hatte, legte ich mich nach der Behandlung in den Park. All mein gespartes Geld war nach dreimonatiger Behandlung aufgebraucht. Damals kam eine Frau zu mir und erzählte mir, daß es viel besser sei, in China zu leben als in Nord-Korea, und so entschloß ich mich, nach China zu gehen. Ich glaubte damals, es sei besser, auf dem Weg dorthin umzukommen als in Nord-Korea zu sterben. So reiste ich nach Norden, um dort die Grenze zu passieren. In Musan angekommen, halfen mir die Zollbeamten, den Fluß Tumen zu überqueren. Ich sah, daß zwei Koreaner ihnen


Geld gegeben hatten. Die beiden Koreaner brachten mich dann von Yeongi I aus in ein Restaurant in Hwa Ryong City. Dort angekommen, lernte ich zwei Frauen kennen, die eine war 24, die andere 27 Jahre alt. Beide wurden verkauft und weggebracht. Ich war damals 43 Jahre alt – also nicht gerade jung – und zudem hatten die schlimmen Jahre meines Lebens Spuren hinterlassen, und so wurde ich nicht verkauft. Bis 2007 arbeitete ich im Restaurant. Im November 2007 schickte mich der Chef des Restaurants nach Nord-Korea, um Schweine zu kaufen, und ich wurde geschnappt. Da ich in Nord-Korea festgenommen worden war und nicht in China, wurde ich glücklicherweise nicht an die Polizei übergeben. Nachdem ich 20 Tage lang durch den Grenzschutz verhört worden war, wurde ich in das Gefängnis der Zollbehörde nach Chongjin City gebracht, wo ich für drei Monate in Haft saß.

Nach dreimonatiger Haft wurde ich in die Arbeits- und Umerziehungsanstalt gebracht. Nach zehn Tagen floh ich von dort. Während meiner Flucht entlang des Flusses Taedong konnte ich für zwei Tage bei einer Bekannten unterkommen. Beim Abschied fragte sie mich, ob ich ihre Tochter mit mir nehmen könnte. So nahm ich ihre Tochter mit, und wir gingen nach Musan. Um 15 Uhr überquerte ich den Fluß Tumen. Ich wußte, wann die Grenzposten Schichtwechsel hatten, und so war es kein Problem, den Fluß am Nachmittag zu überqueren. Ich hatte bereits mit jemandem in China Kontakt aufgenommen, so daß wir in Musan Hilfe bekamen. Ich dachte, ich hätte eine bessere Überlebenschance, wenn man mich an die Chinesen verkaufen würde. Für 2500 Won wurde ich an einen 53jährigen chinesischen Arzt verkauft, der in Tumen lebte und mich heiratete. Da er in seinem Haus die Zollbeamten aus Tumen behandelte, wurde ich nicht nach Nord-Korea zurückgeschickt. Einmal im Jahr führte der Zoll eine Razzia nach nordkoreanischen Flüchtlingen durch, und mir sagten sie immer mehrere Tage vorher Bescheid, so daß ich mich in den Bergen verstecken konnte. Ich stehe noch immer mit meinem Ehemann in Kontakt. Er sagt, ich solle doch zurück nach China kommen, aber ich traue mich nicht, weil die Gefahr groß ist, dann nach Nordkorea abgeschoben zu werden. Ich habe gehört, daß jemand, wenn er die südkoreanische Staatsbürgerschaft angenommen hat, mehr als zwölf Jahre in Süd-Korea gelebt haben muß, damit er nicht nach Nord-Korea abgeschoben werden kann. Nur dann kann ich nach China gehen.

In China lernte ich eine Nordkoreanerin kennen, die nach China zurückgekehrt war, um ihre Familie nach Süd-Korea zu bringen. Sie hatte China mit Hilfe der südkoreanischen Regierung verlassen und für drei Jahre in Süd-Korea gelebt, bevor sie nach China zurückkam. Ich hörte öfter davon, daß die südkoreanische Regierung Nordkoreanern kostenlose Wohnungen anbietet und sie somit unterstützt, sich in Süd-Korea niederzulassen. Als ich diese Frau kennenlernte, die sich erfolgreich in Süd-Korea niedergelassen hatte, beschloß ich, auch dorthin zu gehen.

In China gibt es viele Personen, sogenannte Vermittler, die Geld mit nordkoreanischen Flüchtlingen machen. Zusammen mit 15 anderen Nordkoreanern bezahlte ich einen Vermittler, damit er uns über die chinesische Grenze bringt. Mit seiner Hilfe passierten wir Changchun, Shandong und Kunming. In Laos trafen wir unsere laotischen Vermittler. Nun mußten wir das große Risiko auf uns nehmen und zweieinhalb Stunden auf einem gefährlichen Pfad in den Bergen zurücklegen. Einmal überquerten wir einen Fluß in drei Booten. Plötzlich tauchten, wie aus dem Nichts, in Tarnuniform gekleidete laotische Polizisten vor uns auf und zielten mit Waffen auf uns. Während unsere Boote von den Polizisten aufgehalten wurden, wurde die Frau, die neben mir saß, von einem Alligator angegriffen. Da es so heiß war, hatte sie ihre Hand ins Wasser gehängt, und der Alligator hatte ihren Arm gepackt und sie ins Wasser gezogen. Wir konnten nichts für sie tun.

Sobald wir in Thailand angekommen waren, verließen uns die laotischen Vermittler. Von nun an mußten wir uns alleine durchschlagen und hatten mit der Sprachbarriere

so unsere Probleme. Da ich 10 Yan von meinem chinesischen Ehemann bekommen hatte, konnten wir einen Thai-Polizisten um Hilfe bitten und erreichten so innerhalb von zwei Tagen das Zentrum für Auswanderer in Bangkok. Ich hatte gehört, daß ich dort Miete zahlen müßte und daß sich dort 540 Personen einen Raum teilen müßten – dies entsprach jedoch nicht der Wahrheit. Nach 20 Tagen bekam ich die Möglichkeit, nach Süd-Korea zu gehen. 



Arbeit auf einem Reisfeld in Nord-Korea (1989).

Wer will die Wiedervereinigung wirklich?

Von den Schwierigkeiten der Herstellung einer nationalen Einheit Koreas

Von Friedrich-Wilhelm Schlomann

Vor einigen Wochen hat die Regierung in Seoul zwei hohe Regierungsbeamte nach Berlin und Moskau entsandt als Teil ihrer diplomatischen Bemühungen, die Einheit ihres „Landes der Morgenröte“ vorzubereiten. Erst kürzlich wurden Vertreter Süd-Koreas nach Washington, Tokio und Peking geschickt. Ihre Aufgabe ist, Interesse und möglichst Unterstützung bei der Lösung ihrer nationalen Frage zu finden. Indes weiß auch Seoul, daß eine Wiedervereinigung der beiden Staaten in Kürze kaum zu erwarten ist. Alle Prognosen vor zwei Jahren von einem Kollaps im Norden erwiesen sich als genauso falsch wie diejenigen von einem Umsturz und Machtkämpfen nach dem Tode des bisherigen Diktators Ende 2011.

Eigentlich wäre der Zusammenschluß der beiden Landesteile ein Problem allein der Koreaner, die nach einem Bruderkrieg 1953 lediglich einen Waffenstillstand schlossen. Dennoch ist eine teilweise stärkere Einflußnahme seitens der Nachbarländer nicht zu verkennen, besonders bei China und den USA. Die Vereinigten Staaten wollen zweifellos ein freies, demokratisches Gesamt-Korea. Ihr geschichtliches Verständnis hinsichtlich ihres

Eingreifens im Rahmen der UNO in den nordkoreanischen Kriegsüberfall – ihre Verluste damals waren höher als die in Europa während des Zweiten Weltkrieges – verbietet einen schmachvollen Weggang. Auch aus militärisch-strategischen Gründen werden sie dort bleiben, angeblich sogar nach der Vereinigung. Die VR China mischt sich offiziell nicht in innere Angelegenheiten anderer Länder ein (Tibet und die Uiguren beweisen jedoch das Gegenteil), aber gerade in jüngster Zeit versucht Peking, Pjöngjang wirtschaftlich in große

Abhängigkeit zu bringen. Es will einen Zugang zum Japanischen Meer und wertet Nord-Korea als bloßen Puffer-Staat gegenüber dem Westen. Südkoreanische oder gar US-Truppen an seiner Grenze sieht die Volksrepublik als Bedrohung an.

Trotz engerer wirtschaftlicher und militärischer Zusammenarbeit mit dem Süden Korea dürfte Tokio der Einheit Korea nur ungern zustimmen. Es wäre besonders die Freude am Untergang des nordkoreanischen Systems, vor dessen Raketen es sich ängstigt. Süd-Korea ist eine Wirtschaftsmacht. Fleiß und Härte seiner Menschen stellen schon heute eine ernste Konkurrenz dar. Nach einem Zusammenschluß wird sich Korea viele Jahre auf den Aufbau konzentrieren müssen, doch dann werden die Sorgen Japans um so berechtigter. Rußland wiederum wird sich einer Wiedervereinigung nicht verweigern. Motiv dürfte primär sein, den machtpolitischen Einfluß der VR China (die letztlich ein Rivale ist) nicht zu stärken. Zudem besteht Interesse an der südkoreanischen Wirtschaft: Da Japan aus historischen Gründen sich nicht an der notwendigen Erschließung Ost-Sibiriens beteiligt, scheint Moskau sich Seoul annähern zu wollen.

Freie Wahlen, wie die UNO wiederholt forderte, wird es schon wegen der Bevölkerungszahlen weniger denn je geben:

Nördlich des 38. Breitengrades leben heute lediglich 24 Millionen Menschen, im Süden inzwischen 50 Millionen. Bei allen früheren inner-koreanischen Verhandlungen wurde die Wiederaufnahme des vom Norden bereits 1948 eingestell-



Dorasan 2003 – Der Zugang zu den Gleisen nach Pjöngjang ist gesperrt.

Foto: Richardfab/Bilder

ten Postverkehrs zwischen Nord und Süd sowie die Zusammenführung der durch den Krieg getrennten Familien versprochen, doch von Pjöngjang bis heute hintertrieben. Das nordkoreanische Regime strebt weiterhin eine – natürlich kommunistische – Einheit an, wobei es allerdings Verhandlungen mit der „Gruppe von Verrätern“ in Seoul (gemeint ist die Regierung) ausschließt. Man denkt mehr an „einen heiligen Krieg der Rache“, der die Südkoreaner „befreien“ wird. Hoffentlich verfügt die nordkoreanische Regierung noch über so viel Realitätssinn, um zu erkennen, daß ein solcher Krieg auch ihr Ende bedeutet. Die Bevölkerung kennt inzwischen das Lebensniveau im Südteil, gegenüber dem eigenen System steht sie in starker Ablehnung, doch ist ein direkter oder indirekter Widerstand bisher nirgendwo erkennbar.

Die Seouler Regierung ist zu ernsthaften Gesprächen mit dem Norden bereit, Voraussetzung ist allerdings die vereinbarte Einstellung seiner Nuklear-Aufrüstung. Darauf wird Pjöngjang indes kaum verzichten, ist dies doch das einzige Mittel für Drohung und Erpressung seiner Außenwelt. Das Ministerium für Wiedervereinigung in Seoul ist in jeder Weise auf den Tag der Einheit vorbereitet. Die Pläne sehen als erstes die Sicherstellung jener Atomanlagen vor, primär aus Sorge vor der japanischen Mafia. Wichtig ist die so-



Foto: Ma.a.b.

Kein Modell für Gesamt-Korea: Wahlurne in einem nordkoreanischen Wahllokal.

fortige Bereitstellung von Lebensmitteln und Medikamenten. Entscheidend aber wird das Auftreten der einrückenden südkoreanischen Truppen sein, die hoffentlich nicht als „Sieger“, sondern als Landsleute auftreten werden. Aus gleichen Gründen wäre es besser, wenn US-Einheiten nicht eingreifen würden. Ob China das passiv hinnähme, erscheint sehr fraglich.

Natürlich würde der Neuaufbau des Nordens den Südkoreanern ungeheure Kosten abverlangen: Angesichts der sehr geringen Wirtschaftsleistung Nord-Koreas (die nur fünf Prozent derjenigen Südkoreas ausmacht, während in Deutschland 1989 die DDR immerhin ein Viertel der Wirtschaftsleistung der Bundesrepublik erbrachte) müßten 20 bis 24 Prozent der südkoreanischen in den anderen Landesteil transferiert werden. In Deutschland machte der Transfer lediglich fünf Prozent aus. Allein im ersten Jahr würden die grundlegenden Bedürfnisse der Nordkoreaner rund 37 Milliarden Euro betragen, wobei Seoul mit

orts ebenso Fernsehsendungen aus dem Westen empfangen und gab es auch einen gewissen Reiseverkehr über die Zonengrenze, so ist nach 22 Jahren immer noch nicht die innere Wiedervereinigung in Deutschland vollzogen. In beiden Teilen blieb die Sprache durchweg dieselbe, doch auch dies gilt nicht für Korea: Die moderne technische Entwicklung, die heutige Computer-Welt, auch gerade das breite Lebensmittel-Angebot bedeuten für die Nordkoreaner eine völlig fremde Welt, für die sie lange Zeit des Lernens und Verstehens benötigen. Diese Umstände ahnen die Südkoreaner gewiß, wobei ihr Einfühlungsvermögen in den bisherigen nordkoreanischen Alltag hoffentlich vorhanden ist, was aber keineswegs sicher scheint.

Der Presse im Südteil kann man zuweilen entsprechende Untersuchungen entnehmen. Gemeinsam ist allen die Tendenz: Der Wille zur Wiedervereinigung Koreas hat gerade während der jüngsten Zeit ziemlich nachgelassen. Im Mai 2010

sprachen sich auf den Schulen noch 70 Prozent für einen Zusammenschluß aus, der Rest fand das Thema immerhin „interessant“. Hatten noch vor 20 Jahren 58 Prozent der Gesamt-Bevölkerung im Süden die Einheit als „ein lebenswichtiges nationales Ziel“ erachtet, waren es Anfang 2011

lediglich zwölf Prozent (in der Bundesrepublik waren 1989 noch ganze 0,5 Prozent für die Vereinigung Deutschlands). Ende desselben Jahres hielten noch 53,7 Prozent die Einheit für notwendig, während bei den Zwanzigjährigen knapp elf Prozent dem Thema nur „wenig Aufmerksamkeit“ schenken. Vor kurzem nun hat die angesehene Seouler Tageszeitung „Korea Herald“ eine längere Analyse eines wohlbekannten Professors veröffentlicht, die nicht nur im eigenen Lande für ziemliches Erschrecken sorgte. Danach werten junge Südkoreaner, fast ein Viertel der Bevölkerung, den damaligen Bürgerkrieg als „irrelevantes Stück der Vergangenheit“. Untersuchungen an fünf Universitäten ergaben, die meisten Studenten „wünschen keine Wiedervereinigung“. Sie sehen im Nordteil ihres Landes ein unterschiedliches Volk, in

Krieg und Frieden

(st) Nominell befindet sich der Norden mit dem Süden noch immer im Kriegszustand. Am 4. Oktober 2007 wurde bei einem Gipfeltreffen in der Mansudae-Kongreßhalle in Pjöngjang zwischen Nord- und Süd-Korea eine Friedenserklärung unterschrieben. Beide Staatschefs riefen darin zu Frieden, Wohlstand und engerer wirtschaftlicher Zusammenarbeit auf. Dies ist die bislang deutlichste Bewegung hin auf einen Friedensvertrag gewesen.

Spätestens 2010 wurden diese Hoffnungen jedoch wieder zunichte gemacht. Nach dem Untergang eines südkoreanischen Kriegsschiffes im März 2010, für dessen Versenkung Nord-Korea verantwortlich gemacht wurde, stellte Süd-Korea den Handel mit ihm ein. Nord-Korea brach daraufhin alle Beziehungen ab und versetzte seine Truppen in Kampfbereitschaft. Am 23. November 2010 beschloß nordkoreanische Artillerie die Insel Yeonpyeong nahe der Seegrenze.

einem anderen Land, mit dem sie nichts Gemeinsames haben...

Andererseits betrachtet man die Nordkoreaner als Verwandte, und kommt es zu Sportwettkämpfen mit irgendeinem Auslandsstaat (einschließlich der Schutzmacht USA), wünscht man den Sieg den Landsleuten. Nach den Erfahrungen mit den Westdeutschen, die noch im Oktober 1989 kaum Interesse an ihren Mitmenschen in der DDR zeigten und mit dem Fall der Berliner Mauer sich dann plötzlich mit diesen zutiefst verbunden fühlten, wird man davon ausgehen können, daß an dem Tage, an dem im innerkoreanischen Grenzort Panmunjom die Sperren fallen, die Koreaner in Süd und Nord sich in gleicher Weise auf ihre Herkunft und ihre Gemeinsamkeiten besinnen werden. Mit Blick auf die Tradition und die Geschichte Koreas wird der „Kwangboksol“ („Tag der nationalen Einheit“) stärker sein als die Ängste vor den riesengroßen Schwierigkeiten, welche die Koreaner dann bewältigen müssen.



Bereit für „den heiligen Krieg der Rache“. Soldat der Koreanischen Volksarmee auf Wacht.

derartigen Zahlungen für eine Zeitspanne von 20 Jahren rechnet. Andere Schätzungen nennen Ausgaben von sieben bis zwölf Prozent des Bruttosozialproduktes Südkoreas über zehn Jahre. Tatsache ist: Seoul stünde vor fast unvorstellbaren Belastungen.

Diese sehr gravierenden Einschränkungen ihres selbst hart erarbeiteten Lebensstandards lassen viele Südkoreaner vor einer Wiedervereinigung zurückschrecken. In den bald 60 Jahren seit dem Waffenstillstand und der Trennung sind die Menschen in den beiden Landesteilen einander fremd geworden. Die Generation, die noch ein Gesamt-Korea kannte, stirbt allmählich aus. Existierte im geteilten Deutschland stets – wenn auch begrenzt – ein Postverkehr, konnte man in der DDR Radiosender und vieler-



Bewachte Abzäunung einige Kilometer vor der demilitarisierten Zone (2005).

Lernen hinter Gittern

Seit 1945 bis zum Ende der DDR war der Anteil von Jugendlichen und jungen Erwachsenen unter den politischen Häftlingen hoch. Diese jungen Menschen hätten eigentlich ihre Ausbildung fortführen müssen, waren nun jedoch davon ausgeschlossen.

Eher am Rande berichten Zeitzeugen immer wieder, daß sich auf Sälen und in Zellen heimlich Gruppen bildeten, in denen Experten irgendeiner Fachrichtung (jungen) Mitgefangenen ihr Wissen vermittelten. Das reichte von Naturwissenschaften, Fremdsprachen, Geschichte über Literatur, Philosophie, Notenlesen, Gedichte, Lieder bis zu Kochrezepten oder auch Fähigkeiten wie Sticken, Stricken und Nähen.

Manche Häftlinge haben sich, wenn sie Bücher ausleihen durften, auch allein mit bestimmten Wissensgebieten befaßt.

In Einzelfällen haben Gefangene marxistisch-leninistische Schriften studiert, um ihre Vernehmer in Argumentationsnot zu bringen. Bisher ist ein Fall bekannt, in dem ein Häftling seine Zellenkameraden in Widerstandsstrategie gegen die Vernehmer unterwies hat.

Dieser Teil der Haftgeschichten soll nicht verlorengehen! Das heimliche Lernen in Haft ist ein Zeichen von Stärke und Findigkeit, auch in scheinbar aussichtsloser Situation die menschliche Würde zu bewahren.

Die Redaktion sammelt Zeitzeugenberichte zum Thema „Lernen hinter Gittern“ für eine spätere Veröffentlichung im „Stacheldraht“ und wird die Berichte anschließend (auf Wunsch der Zeitzeugen) auch einem Archiv übergeben.

Bitte erinnern Sie sich!

In welcher Zeit, an welchen Haftorten haben Sie etwas gelernt (von Mithäftlingen oder durch eigene Beschäftigung)? Haben Sie selbst etwas gelehrt? Erinnern Sie sich an Fälle heimlichen Lernens in Haft bei anderen? Kennen Sie Erzählungen von Angehörigen oder Freunden darüber?

Jeder Hinweis ist willkommen.

Bitte schriftlich an: Redaktion „Der Stacheldraht“, Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin
(In Einzelfällen ist nach Absprache auch ein telefonischer Bericht möglich, Tel. 030 – 55 77 92 30.)

Einladung

Hiermit laden wir herzlich ein zu unserer Jahresabschlußveranstaltung am Sonnabend, dem **10. November 2012**, 10 Uhr, nach Chemnitz, Markt 1, im Ratskeller (links), Einlaß 9.30 Uhr.

Traditionell wollen wir uns wieder zum Jahresende im Kreise der Kameradinnen und Kameraden, begleitet von Familienangehörigen und Freunden, wiedersehen.

Eingeladen haben wir unseren Sächsischen Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, Lutz Rathenow. Gemeinsam blicken wir zurück auf 2011/2012 und sprechen über die kommenden Vorhaben. Aktuell soll auch informiert werden über die Rehabilitierung ehemaliger Kinder und Jugendlicher, die in Heimen und Jugendwerkhöfen der DDR-Jugendhilfe Kindheit und Jugend zubringen mußten.

Teilnahmebestätigung, wenn möglich, an: VOS Chemnitz, Müllerstr. 12, 09113 Chemnitz, E-Mail vos.chemnitz@web.de, per SMS unter 01 57 73 24 33 18.

Der Vorstand der VOS
Chemnitz/Hohenstein-Ernstthal/Stollberg


„Jugendopposition in der DDR“

Neue Plakatausstellung erschienen

(st) Die Ausstellung „Jugendopposition in der DDR“ ist gemeinsam erarbeitet worden von der Robert-Havemann-Gesellschaft und der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Auf 20 DIN-A1-Plakaten werden 18 junge Oppositionelle vorgestellt, die sich der SED-Diktatur entgegenstellten. Ihre Widerstandsgeschichten reichen von den Nachkriegsjahren bis zum Ende der DDR. Die Porträtierten sind: Arno Esch (*1928), Hermann Flade (*1932), Thomas Ammer (*1937), Michael Gartenschläger

(*1944), Reiner Bohley (*1941), Siegmund Faust (*1944), Bernd Eisenfeld (*1941), Bettina Wegner (*1947), Christian Kuhnert (*1952), Doris Liebermann (*1953), Gabriele Stötzer (*1953), Detlef Pump (*1954), Thomas Kretschmer (*1955), Tina Krone (*1957), Ralf Hirsch (*1960), Christian Halbrock (*1963), Evelyn Zuppke (*1962), Frank Ebert (*1970)

In einer Auflage von 1500 Exemplaren wird die Ausstellung bundesweit und im


Ausland Verbreitung finden. Sie ist für die schulische Bildung konzipiert, soll aber auch in Rathausfoyers, Volkhochschulen, Stadtbibliotheken, Heimatmuseen oder Kirchen zur Auseinandersetzung mit der Zeitgeschichte einladen. Interessenten können die Plakatserie bei der Robert-Havemann-Gesellschaft gegen eine Schutzgebühr von 50 Euro bestellen: Robert-Havemann-Gesellschaft, Schliemannstr. 23, 10437 Berlin, Fax (030) 44 71 08 19, E-Mail info@havemann-gesellschaft.de 

Die Malgruppe der Beratungsstelle Gegenwind

(sk) Seit 2007 bietet die Berliner Beratungsstelle „Gegenwind“ für politisch Traumatisierte der SED-Diktatur in ihren Moabiter Räumen eine Malgruppe an. Die Teilnehmenden müssen keine künstlerischen Voraussetzungen mitbringen oder zeichnerisch begabt sein. Sie erkennen aber für sich, daß es oft leichter fällt, ihre persönlichen Erfahrungen von Haft und Verfolgung und ihr damit verbundenes aktuelles Lebensgefühl in Farbe

und Gestalt zu „verarbeiten“, als darüber zu reden. Um den Bildern im Kopf und den Gefühlen im Bauch mit vielfältigen Materialien und geeigneten Techniken die gewünschte Gestalt zu verleihen, werden die Teilnehmenden fachkundig und sensibel vom Diplom-Maler/-Graphiker Dieter Zander angeleitet. Zwei Mitarbeiterinnen der Beratungsstelle begleiten sie bei Fragen und Anliegen. Auch im kommenden Jahr soll die erfolgreiche Arbeit der Mal-

gruppe weitergeführt werden. Die Treffen werden in der Regel an jedem letzten Montag im Monat von 10.00 – ca. 13.00 Uhr stattfinden.

Wer Interesse an einer Teilnahme oder Fragen hat, kann sich gern an die Mitarbeiterinnen der Beratungsstelle Gegenwind unter (030) 39 87 98-11/-12 wenden. Die telefonischen Sprechzeiten sind Mo, Di und Do von 9 bis 12 Uhr. 

Spendenaufruf

Liebe Freunde der UOKG,

am 17. Juni lud Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit die UOKG zu einem Empfang anlässlich des 20. Jubiläums des Dachverbandes ins Rote Rathaus ein. Unter den Besuchern waren neben den Kameraden und Kameradinnen der Mitgliedsverbände Leiter und leitende Mitarbeiter(innen) der Bundesstiftung Aufarbeitung, des BStU, aus den Regierungsstellen, Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Abgeordnete des Bundes und der Länder sowie zahlreiche Vertreter von Bürgerrechtsgruppen und bekannte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und der Internationalen Assoziation der Opferverbände. Sie würdigten so die Arbeit der mit 32 Mitgliedsverbänden größten Vereinigung von Opfern und Opfergruppen aus SBZ und DDR-Diktatur. Vieles von dem, was wir in den 20 Jahren an Aufarbeitung des Unrechtsstaates DDR und des kommunistischen Terrors, an sozialer Hilfe und Würdigung von Opfern leisteten, klang in den Grüßen und Glückwünschen an. Der Regierende Bürgermeister erwähnte aber auch, daß der Dachverband bis heute keine gesicherte Finanzierung seiner Arbeit hat. Ein wirkliches Existenzproblem.

Aus diesem Grunde müssen wir unsere Schicksalsgefährten, Freunde und Förderer wieder um eine Hilfe bitten. Da wir dies selten tun, hoffen wir auf besondere Beachtung.

Die finanzielle Situation des Dachverbandes ist bedrückend. Unsere gesamte Geschäftsführung muß von den Mitarbeitern der Beratungsstellen ehrenamtlich durchgeführt werden. Die Beratungsstellen und andere Projekte erhalten Förderung durch LStU, Bundesstiftung Aufarbeitung oder auch Bundesregierung. Aber für die meisten Projekte ist ein hoher Eigenmittelanteil zu entrichten, der nur durch Spenden aufgebracht werden kann. Im Augenblick sind sie nicht vorhanden. Unsere Beratungsstellen genießen wegen der Qualität ihrer Arbeit höchste Anerkennung. Dennoch bekommt die Beratung der Heimkinder bis heute überhaupt keine öffentliche Förderung. Wir müssen sie ganz aus Spenden finanzieren.

Vor uns liegen wichtige Aufgaben: Die Beseitigung der rentenrechtlichen Ungerechtigkeit bei DDR-Flüchtlings, die Einbeziehung der

Hinterbliebenen und die Anpassung der Opferrente sowie die Überarbeitung der als unzureichend deutlich gewordenen Teile der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze brauchen unsere ganze Kraft. Die Errichtung eines nationalen Mahnmals für die Opfer des Kommunismus muß realisiert werden. Die bisher nicht entschädigten Opfergruppen müssen Hilfe erfahren (Zwangsdeportierte, Zwangsausgesiedelte usw.). Institutionen wie die Stiftung ehemaliger politischer Häftlinge und der BStU brauchen unsere Hilfe, damit ihre Existenz langfristig politisch gesichert bleibt. Immer wieder tauchen neue Baustellen auf.

Bitte helfen Sie uns durch eine Spende, damit wir unseren Verpflichtungen gegenüber den Betroffenen und der Gesellschaft nachkommen können. Ihre Spenden sind steuerlich absetzbar.

In Dankbarkeit für Ihre Hilfe,

der Vorstand der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft

(Eine Spendenbescheinigung für Beträge über 100 Euro stellt aus: UOKG-Finanzverwaltung, c/o Ewald Ott, Germanenstr. 36, 53859 Niederkassel)

Die zweite Generation

(sk) Im Rahmen der 6. Berliner Woche der Seelischen Gesundheit findet am Dienstag, dem **16. Oktober 2012**, von 11 bis 13 Uhr in den Räumen der Beratungsstelle Gegenwind, Bredowstr. 36, 10551 Berlin-Moabit, die Veranstaltung „Politische Verfolgung in der DDR – Aus-

wirkungen auf die zweite Generation“ mit einer Filmvorführung statt.

Um Anmeldung wird gebeten unter Tel. (030) 39 87 98-11/-12, Fax (030) 39 87 98-13, Mail kontakt@beratungsstelle-gegenwind.de

Bestätigung über Zuwendungen im Sinne von § 10 b des Einkommensteuergesetzes an eine der in § 5 Abs. 1 Nr. 9 des Körperschaftsteuergesetzes bezeichneten Körperschaften, Personenvereinigungen oder Vermögensmassen. Art der Zuwendung:

Geldzuwendung von _____ € am _____

Es handelt sich nicht um den Verzicht auf Erstattung von Aufwendungen oder um Mitgliedsbeiträge.

Die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. ist durch Freistellungsbescheid des Finanzamts für Körperschaften I in 13347 Berlin – Steuernummer 27/679/50198 – als gemeinnütziger Verein gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG von der Körperschaftsteuer und § 3 Nr. 6 GStG von der Gewerbesteuer befreit. Es wird bestätigt, daß die Zuwendung nur zur Förderung der Hilfe für politisch, rassistisch und religiös Verfolgte (Abschnitt A. Nr. 7 der Anlage 1 zu § 48 EStDV) verwendet wird.

Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts		Bankleitzahl		Den Vordruck bitte nicht beschädigen, knicken, bestempeln oder beschmutzen.
Begünstigter: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen)		Konto-Nr. des Begünstigten		Bankleitzahl
U O K G e. V.		7 3 4 2 7 2 8		Bitte deutlich schreiben! Beleg wird maschinell gelesen.
Kreditinstitut des Begünstigten		Kunden-Referenznummer – Verwendungszweck, ggf. Name und Anschrift des Überweisenden – (nur für Begünstigten)		Betrag: Euro, Cent
D t. B a n k B e r l i n		(g e m e i n n ü t z i g e) S p e n d e		EUR
noch Verwendungszweck (insgesamt max. 2 Zeilen à max. 27 Stellen)		Kontoinhaber/Einzahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)		
Konto-Nr. des Kontoinhabers		Konto-Nr. des Kontoinhabers		20

1820 421 337 DGV/VERLAG 12.06

Schreibmaschine: normale Schreibweise
Handschrift: Blockschrift in GROßBUCHSTABEN und dabei Kästchen beachten!

Datum, Unterschrift

Tatort: Bulgarien

Versöhnung nach 32 Jahren – eine Traumabewältigung

2012 war die Sehnsucht nach innerem Frieden zur Aufarbeitung der Vergangenheit ein weiterer erfolgreicher Schritt zum



Anke und Matthias Jauch 1980 in Bulgarien beim Zelten...

Gesunden unserer Psyche, die durch die kommunistische Gewaltherrschaft 1980 gesprengt worden war.

Am 14. Juli 1980 hatten mein Mann Matthias und ich in Bulgarien, in der Ortschaft Dragoman, während unseres Fluchtversuches ein besonders hinterhältiges

brutales Schockerlebnis durch die kommunistische Staatsgewalt. Ohne jegliche rechtliche Grundlage wurden wir auf der Landstraße E 5 abrupt auf grausame Art und Weise voneinander getrennt verhaftet und in Sofia inhaftiert. Die dortigen Zustände entwurzelten unsere jungen Seelen. Vorher

Da lacht der Klassenfeind

„Diskussionen gab es mit der Verrechnung der Kaltverpfehlung im Objekt. Die Diskussion wurde vor allem vom Genossen Geisler geführt, was den Eindruck starker materieller Interessiertheit erweckte.“

Abt. XI Nr. 53

nicht gekannter Ekel und Haßgefühle gegen die Menschen und die abscheulichen Inhaftierungsumständen hinterließen traumatische Störungen bei uns.

Die Einzelzelle: 2,60 x 1,60 Meter mit harter Holzbank ohne Zudecke zum Schlafen, eine Glühlampe brannte Tag und Nacht, ein Eimer für die Notdurft, kein Waschen, kein Zähneputzen, der Toilettengang wurde zum Alptraum, indem man um jedes einzelne 12 x 9 cm Stückchen Seidenpapier betteln mußte, Weißbrot hart wie Stahl und mit Maden gespickt, ein Plastikkanister mit abgestandenem Leitungswasser zum Trinken.

Einzig und allein, weil ich eine Frau war, mußte ich nur drei Tage in diesem Zustand verbringen. Mein Mann erlebte dieses Martyrium 28 Tage lang, bis er mit einem Sonderflugzeug des MfS ausgeflogen wurde.

Bulgarien - ein Ort der Unmenschlichkeit? Die Menschen Bestien, weil einige von ihnen 2000 Lewa Prämie kassierten plus zwei Tage Sonderurlaub pro erschossenem Republikflüchtling, von der DDR Botschaft in Sofia gesponsert? Weil sie bis heute über diese Zeit hartnäckig schweigen und nicht zur Aufarbeitung ihrer Schandtaten bereit sind?

Wir wollten uns persönlich davon überzeugen, ob nach dem Ende der kommu-

nistischen Gewaltherrschaft, nun durch demokratische Bildung und Erziehung, ein Umdenken auch im Verhalten der bulgarischen Bevölkerung gegenüber freiheitsliebenden Menschen stattgefunden hat.

Schon bei der Einreise an der Zollabfertigung im Flughafengebäude wurden wir durch freundliches Personal positiv überrascht. Sichtbare Veränderung, im humanistischen Sinn, hat das Land Bulgarien erreicht. Freiheit macht frei, so spürten wir diese lebendige Wirkung in Gesprächen mit der jungen bulgarischen Bevölkerung. Bildung, Expansion und Wachstum, freies Denken und Handeln tragen zum Weltfriede-



Fotos: privat

...und 2012 erneut in Bulgarien.

den bei. Stetiges und fleißiges Arbeiten beschert Bulgarien europäisches Niveau, zu unserer persönlichen Freude und zum Glück für die Menschheit.

So konnten wir unsere Aussöhnung mit den damaligen Tätern zwar nicht ganz herstellen, aber immerhin diene diese Reise dem Heilungsprozeß der seelischen Verletzungen.

Ich möchte aufrufen zur Erinnerung an die 1646 Menschen von 1963 bis 1988 an der bulgarischen Grenze, die unzähligen wehrlosen Menschen, die gnadenlos bei ihrem Fluchtversuch verhaftet oder erschossen wurden. Die Toten sind bis heute namenlos in bulgarischer Erde verscharrt. Sie mögen in unseren Herzen lebendig bleiben.

(Dieser Text basiert auf der Idee von Alexander Grow und möge zur Stasi-Vergangenheitsbewältigung beitragen.)

Schicksalsgeschenk des Zusammenseins

Treffen der Hohenecker SMT-Frauen am 18. und 19. August in Berlin

Am dritten Augustwochenende fand ein Treffen SMT-verurteilter Frauen erstmals in Berlin statt. Nach der Wiedervereinigung traf sich 18 Jahre lang ein größerer Kreis alter ehemaliger Hoheneckerinnen alljährlich in Finsterbergen/Thüringen. Diese Treffen waren ausschließlich privater Natur. Nach dem Tod der Kameradin Rosemarie Franke im vergangenen Jahr entschlossen sich die Frauen, das nächste Treffen in Berlin zu veranstalten. Anneliese Gabel (geb. Scholz), eine Mitbegründerinnen des Frauenkreises der ehemaligen Hoheneckerinnen, Rosemarie Schmidt (geb. Zobel) und Traudel Becker (geb. Franke) hatten nach Berlin eingeladen – vielleicht zum letzten Mal. Der Zuspruch war sehr groß, zumal Logistik und Infrastruktur am Veranstaltungsort altersgerecht waren. Die älteste Teilnehmerin, Annemarie Nellen, war 97 Jahre alt und wurde im Rollstuhl gebracht.

Zwölf Frauen kamen, einstmals in Hoheneck Jugend G (die Gefangenen nannten ihr Kommando „Jugend G“, im offiziellen Strafvollzug hieß es „Jugendgemeinschaft“), jetzt alle zwischen 80 und 90 Jahre alt. Familienangehörige und Begleitpersonen ergänzten die Gruppe. So waren es zum Brunch am 18. August 26 Personen im KWA-Stift am Hohenzollernpark. Etliche Frauen konnten aus gesundheitlichen Gründen ihre Zusagen leider nicht einhalten, so daß 19 Grußbriefe an die verhinderten Kameradinnen geschrieben wurden.

Alle Anwesenden freuten sich und genossen das Schicksalsgeschenk des Zusammenseins. Bei den meisten von ihnen waren es sieben bis neun Jahre, die sie gemeinsam in der Haft überstanden hatten. Viele hatten sich seit Jahren nicht gesehen, bewegende persönliche Erinnerungen an die lange, entbehrungsreiche Zeit wurden wieder wach. Und Dankbarkeit, dies alles überhaupt durchgestanden zu haben.

Die Schwierigkeiten des Neuanfangs in den fünfziger Jahren, die teilweise mangelnde Wertschätzung in der Bundesrepublik, erzeugt jetzt im hohen Alter ein neues Selbstbewußtsein. Der Stolz auf die eigene Lebensleistung und die der Kameradinnen schafft einen angenehmen Umgang und eine harmonische und herzliche Atmosphäre.

Viele Frauen sind Mitglieder der Haftopferverbände. Die nun hoffentlich auf den Weg gebrachte Einrichtung einer Ge-



Perspektivwechsel – Margot Jann wirft einen Blick durch die Kamera.

denkstätte im ehemaligen Frauenzucht-haus Hoheneck gäbe den Frauen späte Genugtuung. Mit großem Interesse verfolgen sie den Fortgang des Projekts.

Zusammen mit der Filmautorin Alexandra Pohlmeier (die das geplante Projekt eines weiteren Zeitzeugen-Films, speziell über vom Militärtribunal verurteilte Frauen, vorbereitete) wurde von den Veranstalterinnen – besonders auch von Anne Gabel – die außerordentliche Bedeutung betont, jetzt noch einmal die Haft- und Lebensgeschichten der Zeitzeuginnen in Ton und Bild zu dokumentieren.

Mit viel Begeisterung und Freude fand die anschließende Stadtrundfahrt statt. Der Bus holte die Gäste am Veranstaltungsort ab und es folgten zwei informationsreiche Stunden auf der Fahrt durch den Osten und Westen der Stadt. Gerade für die „alten“ Berliner aus der Bundesrepublik war dies ein besonderes Erlebnis. Und auch die Einheimischen sahen viel Neues in der sich schnell wandelnden Stadt.

Ein Höhepunkt am Sonntag war die gemeinsame Andacht im KWA-Stift mit der Wilmersdorfer Gemeindepfarrerin Barbara Neubert. In bewegenden Worten und zu einem Text aus Psalm 126 wandte sie

sich an den versammelten Kreis: „Die mit Tränen säen werden mit Freuden ernten...“ Es wurde der verstorbenen Kameradinnen gedacht und derer, die aus gesundheitlichen Gründen nicht teilnehmen konnten. Alte Lieder, die oft auch in der Gefangenschaft gesungen wurden, erklangen, begleitet auf dem Keyboard, und alle stimmten ergriffen mit ein. Wie aktuell klang da die Botschaft Dietrich Bonhoeffers: „Ich glaube, daß Gott aus allen, auch aus dem Bösesten Gutes entstehen lassen kann und will. Und dazu braucht er Menschen.“

Der Tag klang aus mit einer gemütlichen Runde beim Abendessen.

Am Sonntag war Ausflugstag zum Wannsee. Die Sieben-Seen-Rundfahrt führte die Teilnehmer in die bezaubernde Landschaft um Berlin, meist entlang der alten Ost-West-Grenze. Die Gespräche waren voller individueller Erfahrungen der Teilung - und der anhaltenden Freude über den Fall der Grenze vor nun bald 25 Jahren. Mit dem Mittagessen im Restaurant Moorlake und der anschließenden Rückkehr nach Wannsee klang das gelungene zweitägige Treffen aus. Die Initiatorinnen nahmen den Dank der Beteiligten entgegen. Anne Gabel sagte lachend: „Diese Treffen sind seit Jahren unsere Therapie!“



Im Wirtshaus Moorlake.

So hoffen wir, daß es im kommenden Jahr vielleicht wieder ein so freundliches und harmonisches Therapietreffen geben möge.

Wer sich als Zeitzeugin (SMT- und Artikel-6-Verurteilte!) für das Videoprojekt interessiert, möge sich melden bei: Alexandra Pohlmeier, Tel. (015 78) 488 29 69, E-Mail pohlmeier@himmelundmehr.de

(In Absprache mit den Veranstalterinnen aufgeschrieben von M. Günther)



„Die Arbeit ist eine Sache der Ehre...“

Zu den Wundern der Diktaturen des 20. Jahrhunderts gehört wohl auch, daß sie ihren menschenfeindlichen Intentionen zum Trotz unvergeßliche literarische Werke hervorbrachten - von Alexander Solschenizyn bis Jorge Semprún und endlich auch Warlam Schalamow, der zweifellos in die erste Reihe dieser Autoren gehört. Mit „Die Auferweckung der Lärche – Erzählungen aus Kolyma 4“ liegt nun der letzte Band von Schalamows Erzählungen aus der Kolyma-Region vor.

Die Kolyma ist ein ostsibirischer Strom von über 2000 km Länge. Er mündet in den Arktischen Ozean und ist in sieben Mo-

nateten des Jahres zugefroren. Von Mitte Oktober bis Mitte Mai sinken die Temperaturen in dieser kältesten Klimazone der Erde auf 60 Grad Minus. Am Oberlauf des Flusses finden sich unzählige menschliche Skelette. Sie stammen von Häftlingen der Konzentrationslager dort, die halbverhungert, unter Skorbut und Frostbeulen leidend, Gold schürfen mußten. Als einer der wenigen überlebte Warlam Schalamow vierzehn Jahre in den Lagern dieser Region, deren Torgiebel

der Spruch „Die Arbeit ist eine Sache der Ehre, eine Sache des Ruhms, der Tapferkeit und des Heldentums“ schmückte und in der Menschen sich besser für schwere körperliche Arbeit eigneten als Pferde, die unter dem arktischen Klima schneller

starben als Menschen. „Ehre und Ruhm“ empfanden die Häftlinge wohl eher als Verhöhnung, wenn sie neben Erschöpfung, Hunger und Tod noch zu so differenzierter Wahrnehmung die Kraft aufbringen konnten. Ihre „Tapferkeit“ bestand allenfalls darin, daß sie die vierzehn Stunden Schwerstarbeit am Tag hungrig, frierend und oft genug von ihren Bewachern gequält wenige Wochen zu überleben vermochten, ihr Heldentum vielleicht darin, daß sie den Grausamkeiten der Bewacher und den mit ihnen oft kooperierenden Kriminellen widerstanden und niemanden denunziert hatten.

Schalamow versteht sich als „Faktograph“. Seine Protokolle ersetzen Bilder, sind mehr als Photographien. Ihre lakonische Kürze, ihre hinter den knappen bildreichen Schilderungen verborgene Botschaft des Grauens, die den Leser erschüttert innehalten lassen, erreichen eine bisher wohl von keinem anderen Autor erzielte erzählerische Dichte.

Und wer glaubte, daß es zu den schaurigen Bildern aus den Konzentrationslagern des Nationalsozialismus kein Pendant gäbe, wird mit Schalamows Kolyma-Geschichten eines besseren belehrt. Die Feder sträubt sich, Qualen und Erniedrigungen, das willkürliche und auch massenhafte Töten in den Lagern des sowjetkommunistischen Imperiums zu schildern.

Arbeitsverweigerer wurden einen Hunderte Meter langen abschüssigen Weg hinuntergeworfen. Wer nicht aufstand, wurde mit einem Pferd zur Grube gezogen. Auch hier gab es eine Aufschrift: „Die Arbeit ist eine Sache der Ehre ...“. Ob Vernichtung von Menschenleben durch Arbeit, durch Erschießungen Zehntausender hinter der Lärmwand laufender Traktorenmotoren, die Registrierung der Goldzähne, die toten Häftlingen ausgebrochen wurden und dem Staat oft mehr Gold lieferten, als der Häftling zu Lebzeiten für den Staat hat schürfen können, oder auch, daß ein geflüchteter und wieder eingefangener Häftling auf der Stelle erschossen wurde, um ihm zur Identifizierung der Fingerabdrücke die Hände abzuhacken, weil sie sich leichter transportieren ließen als der lebende Mensch.

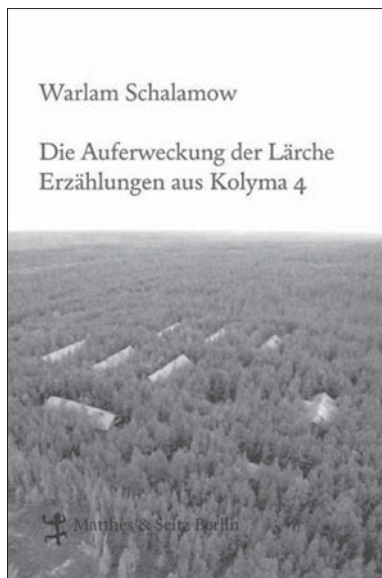
Nicht zufällig dürfte Schalamow in einzelnen Erzählungen aus der Kolyma an die beängstigende Ähnlichkeit der beiden großen Diktaturen des 20. Jahrhunderts

erinnert haben – bei aller Unterschiedlichkeit in der Anwendung technisch-industrieller Mittel bei der Massentötung von Menschen. So das Schicksal des Ingenieurs Kiprews, der acht Jahre zusätzlicher Haft erhielt, weil er nicht nur die Annahme einer amerikanischen Altkleiderspende ablehnte, sondern in dem Zusammenhang auch gesagt hatte: „... die Kolyma ist ein Auschwitz ohne Öfen“. Und in der Erzählung „Lektionen der Liebe“ ist zu lesen: „Was ist Auschwitz? Literatur oder ... nach Auschwitz hatte Stefa die seltene Freude der Befreiung erlebt, und dann kam sie, unter Zehntausenden anderen, als Opfer der Spionomanie in etwas Schlimmeres als Auschwitz, sie kam an die Kolyma. Natürlich, an der Kolyma gab es keine ‚Kammern‘, hier zog man es vor, durch Frost zu vertilgen, ‚soweit‘ zu bringen – das Ergebnis war das allerermutendste.“

Nach all den Erniedrigungen und Qualen, die Schalamow über Jahrzehnte – 1929 bis 1931 und von 1937 bis 1953 – erdulden mußte, scheint es nicht nur wie ein Wunder, daß er überlebte, sondern daß er danach noch die Kraft aufbrachte, den im Gulag Gequälten und Umgekommenen mit den Kolyma-Erzählungen ein unvergeßliches Denkmal zu setzen.

Nicht zuletzt gehört dazu auch „Die Auferweckung der Lärche“, eine Erzählung, die „Kolyma 4“ den Namen gab. Sie ist ein wunderbares Beispiel dafür, daß Schalamows Glaube an das Leben nicht völlig zerstört worden war – und als eine Botschaft für die Leidensgenossen verstanden werden muß – und die Nachgeborenen, denen das Schicksal die Ungeheuerlichkeiten des vorigen Jahrhunderts ersparte. Ein Kolyma-Häftling schickt einen vertrockneten Lärchenzweig an die Witwe eines Dichters. Am Jahrestag des Todes des Dichters stellt die Frau den Zweig in ein Konservenglas mit Chlor desinfizierten Moskauer Leitungswassers. Nach drei Tagen und drei Nächten bilden sich „neue, junge, lebendige hellgrüne frische Nadeln“ an dem Zweig. Der Lärchenzweig war Ossip Mandelstam gewidmet, der 1938 in einem Durchgangslager bei Wladiwostok – einer Vorstufe der Kolyma-Region – starb. Er hatte ein Gedicht über Stalin geschrieben, dessen letzte Zeilen lauteten: „Wie Himbeeren schmeckt ihm das Töten – Und breit schwillt die Brust des Osseten.“

Willi Leppler



.....
 Warlam Schalamow: Die Auferweckung der Lärche. Erzählungen aus Kolyma 4. Aus dem Russischen von Gabriele Leupold, Matthes & Seitz Verlag, Berlin 2011, 664 S., 29,90 €

Achtung Heimkinder Ost 1949–1990!

„Zur Problematik der Antragstellung Fonds Heimerziehung in der DDR“, Ref. Kerstin Kuzia, anschließend Gesprächsrunde, Mod. Elke Weise, Veranstaltung d. BSV-Fördervereins und des BSV-LV Berlin am Dienstag, dem 30. Oktober 2012, 15.00 Uhr

Ort: Stasimuseum, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Raum 212

Veranstaltungen

16.10. (Di), 11.00 Uhr:

Politische Verfolgung in der DDR – Auswirkungen auf die zweite Generation. Mit Filmvorführung; Veranstaltung der Beratungsstelle Gegenwind; Ort: Beratungsstelle Gegenwind, Bredowstr. 36, 10551 Berlin; Anmeldung unter Tel. (030) 39 87 98-11/-12, Fax (030) 39 87 98-13, E-Mail kontakt@beratungsstelle-gegenwind.de

16.10. (Di), 19.00 Uhr:

„Brandgeruch“. Lesung mit der Autorin Sonja Margolina; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5-7, 10178 Berlin

18.10. (Do), 19.30 Uhr:

„Solange ich atme“. Eine Flucht über die Ostsee ans Ende der Welt. Lesung u. Gespräch mit Carmen Rohrbach, Autorin; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Halle/Saale u.a.; Ort: Stadtbibliothek Halle, Salzgrafenstr. 2, 06108 Halle

22.10. (Mo), 18.00 Uhr:

Gemeinsame Wege? Transformationsprozesse in Ostdeutschland und Polen seit 1989. Veranstaltung d. Osteuropazentrums Berlin; Ort: Berliner Rathaus (Eingang Jüdenstraße), Raum 338

23.10. (Di), 19.00 Uhr:

„Wir träumten von einer gerechteren Welt“. Zeitzeugenabend mit **Roland Jahn.** Veranstaltung d. BStU Außenstelle Schwerin u.a.; Ort: Paulskirche, Am Packhof 9, 19053 Schwerin

25.10. (Do), 14.00-20.30 Uhr:

Besuchertag und Vernissage. 14.30 u. 16.30 Uhr: Archivführungen; 18.00 Uhr: Die „Stasi“ als Erinnerungsort im vereinigten Deutschland 1990-2010. Vortrag u. Gespräch mit Dr. Frank Lothar Nicht, Autor; 19.30: 57. Ausstellungseröffnung der Reihe „Kunst im Lesesaal“, Malerei v. Verena Kaplick (zu sehen bis 20.1.2013); Veranstaltung d. BStU Außenstelle Dresden; Ort: Außenstelle Dresden, Rieser Str. 7, 01129 Dresden

25.10. (Do), 18.00 Uhr:

„Entrissen. Der Tag, als die DDR mir meine Mutter nahm“. Lesung mit Autorin Katrin Behr; Veranstaltung d. VHS Potsdam u.a.; Ort: Volkshochschule Potsdam, Dortustr. 37, 14467 Potsdam

25.10. (Do), 19.00 Uhr:

1989 – mein letztes Jahr in der DDR. Film v. Ute Wenzel-Spoo und André Wenzel über Jan Roman Blaszczok; Veranstaltung d. Gedenkstätte Lindenstraße u.a.; Ort: Gedenkstätte Lindenstraße, Lindenstr. 54, 14467 Potsdam, Eintritt 3,- €

25.10. (Do), 20.15 Uhr:

Noble Villa für prominenten Nazi. Generalfeldmarschall Friedrich Paulus im Visier der Stasi. Buchvorstellung u. Autorengespräch mit Dr. Thorsten Diedrich; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Chemnitz u.a.; Ort: Thalia-Buchhandlung, Galerie Roter Turm, Neumarkt 2, 09111 Chemnitz

Abgehauen

Dunkelhaft für Jugendliche – so schön war die DDR

Für das erste Drittel des neuen Buches „Abgehauen“ von Grit Poppe braucht man gute Nerven. Die Autorin beschreibt hier eines der finstersten Kapitel der DDR: Dunkelarrest im Jugendgefängnis Torgau, das, wie uns ein öffentlich-rechtlicher Sender unlängst durch ein Interview mit der Bildungsministerin Margot Honecker, zu deren Zuständigkeitsbereich Torgau gehörte, wissen ließ, nur „Straftäter“ beherbergt hätte.

Überwiegend bestand die „Straftat“ darin, zu oft aus dem „normalen“ Jugendwerkhof oder dem Kinderheim ausgebrochen zu sein. In Torgau sollten die „schwererziehbaren“ Jugendlichen für den Sozialismus abgerichtet werden. Das sah so aus: bei der Einlieferung wurden allen, auch den Mädchen, die Haare geschoren. Alles Private wurde abgenommen. Männliche Erzieher überzeugten sich in den Körperöffnungen der Mädchen, daß nichts in die Anstalt geschmuggelt wurde. Man gewöhnte sich besser dran, nackt vor diesen Männern stehen zu müssen. Sie überwachten später auch das Duschen.

Es herrschten strengste Disziplin und Kasernenhofdrill. Beliebt bei den „Erziehern“ war der „Torgauer Dreier“, eine Kombination aus Liegestütz, Hockstrecksprüngen und Hocke, die bis zur völligen Erschöpfung ausgeführt werden mußten. Oder „Entengang“ die Treppen hoch und runter, bis zum Liegenbleiben. Es konnte Einzelne oder die Gruppe jederzeit treffen: weil einer die Norm nicht erfüllte beim Zusammenschrauben von Waschmaschinenschaltern für die sozialistische Produktion, für unerlaubte Gespräche während der Arbeitszeit oder der Nachtruhe, wegen unsachgemäß ausgeführter Meldungen oder eines schlecht gebauten Bettes. Krank werden galt nicht. Wer sein Essen erbrach, wurde gezwungen, das Erbrochene aufzuessen. Die Zellenfenster waren mit Sichtblenden verkleidet. Kein Blick nach draußen sollte Trost spenden.

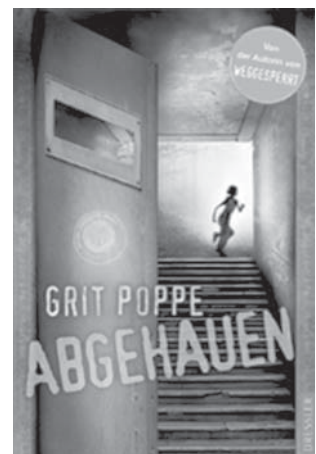
Der Höhepunkt der Tortour war allerdings Dunkelhaft im Keller, der Jugendliche für geringe Vergehen ausgesetzt werden konnten. Poppes Heldin Gonzo lernt der Leser kennen, als die Sechzehnjährige versucht, eine solche Dunkelhaft bei rohem Sauerkraut zu überstehen. Als ein Erzieher am zweiten oder dritten Tag in ihre Zelle kommt mit dem Angebot, sie

könne ihre Haft abkürzen, wenn sie nett zu ihm sei, würgt es Gonzo und sie speit ihm das Brot ins Gesicht, das er ihr zur Belohnung mitgebracht hatte. Gonzo wird nicht vergewaltigt, muß aber weitere Tage im finsternen Keller zubringen. Am Ende hat sie Halluzinationen, die sie auch noch heimsuchen, nachdem sie ihr Verlies verlassen darf.

Bei der Überführung in ihren Stammwerkhof gelingt Gonzo die Flucht. Sie trifft auf René, der in den Westen abhauen will. Es ist Spätsommer 1989, die Prager Botschaft der Bundesrepublik ist bereits besetzt. Den beiden gelingt ein illegaler Grenzübertritt in die Tschechoslowakei, sie kommen nach Prag und dort tatsächlich auf das Botschaftsgelände. Der zweite Teil des Romans ist nicht mehr gruselig, dafür spannend. Grit Poppe beschreibt den Zustand in der besetzten Botschaft, als wäre sie dabei gewesen. Man kennt die Fernsehbilder, als Außenminister Genscher verkündete, daß die Besetzer ausreisen könnten. Was sich in den Wochen davor abgespielt hat, als sich Tausende Menschen auf engstem Raum zusammendrängten, weil sie der DDR um jeden Preis entkommen wollten, ist fast so unbekannt geblieben, wie die Verhältnisse in Torgau. Grit Poppe gelingt ein eindrückliches Bild, was Menschen zu ertragen imstande sind, die Freiheit wollen.

Gonzo sitzt im ersten Ausreisezug, der von Prag abgeht. Sie muß noch mal durch die DDR fahren, wo in Reichenbach die Stasi zusteigt, um den Ausreisenden die Personalausweise abzunehmen. Gonzo hat keinen. Auf die gebrüllte Frage des Stasimannes: Name? antwortet sie: „Ich heiße Mensch“. Wie ein Mensch wird sie sich fortan fühlen, auch wenn das Gespenst aus dem Torgauer Keller sie noch auf unbestimmte Zeit begleiten wird. Zum Schluß ist Gonzo klar, daß sie an den Ort ihrer Leiden zurück muß, um die Keller-Halluzinationen loszuwerden.

Das Jugendgefängnis ist nach dem Mauerfall stillschweigend aufgelöst worden.



.....
 Grit Poppe: *Abgehauen*. Cecilie Dressler Verlag, Hamburg 2012, ab 14; mit Nachwort, Glossar zu DDR-Begriffen und kurzer Chronik 1989/90; 335 S., 9,95 €



Die Sichtblenden der Zellenfenster und der Stacheldraht sind bereits abmontiert und verrotten im Hof, wo langsam das Unkraut die Herrschaft übernimmt. Die Elbe ist nah, die Adresse „Im Fischerdörfchen“ lautet so harmlos, daß niemand dahinter das Grauen vermuten kann, das dort den Alltag beherrschte. Die Anstalt wurde geräumt und dem Vergessen überlassen. Gonzos neue Aufgabe ist, dieses Vergessen zu verhindern.

Ich widme diese Rezension meinen Freunden Kerstin Kuzia und Stefan Lauter, die durch die Torgauer Hölle gehen mußten und deren Berichte wichtige Bausteine für Poppes Buch waren. Kerstin, die in Folge ihres Aufenthaltes in Torgau invalid ist, berät heute unentgeltlich ehemalige Heimkinder der DDR. Die verantwortlichen Beamten des Berliner Senats haben eine Förderung abgelehnt.

Vera Lengsfeld

Hörbuch „Nicht geständig“

„Nicht geständig – Der Plakatprotest im Stasi-Verhör“ von Dietrich und Eckhard Koch ist als Hörbuch erschienen, herausgegeben von Pro Universitätskirche e.V. Leipzig. Es enthält zwei CDs und entstand aus 50 Vorträgen zum Thema in ganz Deutschland.

Die Leipziger Universitätskirche St. Pauli war ein bedeutender Ort von Theologie, Kultur und Wissenschaften der deutschen Geschichte. Nach 1945 war die Universitätskirche die am besten besuchte und mit Kunstwerken am reichsten ausgestattete Kirche Leipzigs. Am 30. Mai 1968 wurde sie trotz der Proteste vieler Leipziger gesprengt. Drei Wochen später entrollte sich in der Leipziger Kongreßhalle vor dem Publikum des III. Internationalen Bachwettbewerbs automatisch ein

großes gelbes Plakat mit der Aufschrift „Wir fordern Wiederaufbau“. Daran beteiligt waren die jungen Physiker Stefan Welzk, Harald Fritzsich, Rudolf Treumann und Dietrich und Eckhard Koch.

Dietrich Koch ist der einzige am Plakatprotest Beteiligte, der deshalb verurteilt wurde. In der vorgelegten Hörfassung liest er aus seinen Büchern über die Sprengung und vor allem die Stasihaft. „Das Verhör“ und „Nicht geständig“ beschreiben seine eigenen Erfahrungen. Zum ersten Mal hat Eckhard Koch drei Texte eigenen Erlebens gesprochen: über die Erfindung der Weckerauslösemechanik für das Plakat, die zweite Hausdurchsuchung der Stasi bei ihm in Dresden und seine Vernehmung in der Bautzner Straße.

Das Sächsische Staatsministerium der Justiz hat die Herausgabe des Hörbuchs durch eine Zuwendung unterstützt, der Sächsische Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen hat dabei geholfen.

.....
Das Hörbuch ist zu beziehen für 3 Euro bei: Dietrich Koch, Pro Universitätskirche, Kurfürstenstr. 43, 45479 Mülheim/Ruhr
.....

Die Akte „Reporter“

(VT) Walter Ulbricht, einst der mächtigste Obergenosse im Osten Deutschlands, hatte dem jungen Journalisten Uwe Gerig 1968 bei einem Fototermin in Weimar gerade noch leutselig die Hand geschüttelt. Eine Woche später war Gerig seinen Job als Bildreporter der Erfurter Parteizeitung los. Seine abfällige Äußerung über einen hohen Funktionär war von einer Kollegin denunziert worden. Ausschluß aus dem Journalistenverband, fünf Jahre Berufsverbot.

Jahre später – inzwischen durfte Gerig als Reporter freiberuflich für die „Neue Berliner Illustrierte“ arbeiten und gehörte zu den bekanntesten Journalisten der DDR – wollte ihn der Staatssicherheitsdienst in Erfurt zur Mitarbeit verpflichten. Weil Gerig das ablehnte, observierte ihn das MfS durch sechs IM und legte eine Akte mit dem Codewort „Reporter“ über den Journalisten an. Wie es Uwe Gerig trotzdem 1983 gelang, mit seiner Familie in den Westen zu flüchten, beschreibt er in diesem Buch, belegt durch viele Dokumente aus seiner umfangreichen Stasi-Akte, nicht ohne Schadenfreude.



.....
Uwe Gerig: Die Stasi nannte mich „Reporter“. Journalist in Ost und West. Eine merkwürdige Karriere im geteilten Deutschland, Verlag Books on Demand, 496 S., 29,80€. Das Buch kann über jede Buchhandlung bestellt werden oder im Internet unter www.amazon.de.
.....

Veranstaltungen

27.10. (Sa), 11.00-12.00 Uhr:
Hörfunk **„Bolschewismus – Faschismus – Nationalsozialismus: Verwandte Gegner?“** Ref. Prof. Dr. Leonid Luks, Historiker, Katholische Universität Eichstätt; Veranstaltung des Osteuropazentrums Berlin, Radio History auf Berliner Kabelkanal und www.alex-berlin.de

27.10. (Sa), 18.00–01.00 Uhr:
Lange Nacht der Museen. 19.00 Uhr: Ausstellungseröffnung „Das Frauengefängnis Hoheneck“; 21.00 Uhr: „Die Solistin“. Lesung u. Gespräch mit Edda Schönherz, Autorin u. Zeitzeugin; „Es ist nicht vorbei“ Filmdok. über das Frauengefängnis Hoheneck; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Rostock; Ort: Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen U-Haft der Stasi in Rostock, Hermannstr. 34b (Eingang gegenüber Supermarkt), 18055 Rostock

29.10. (Mo), 19.00 Uhr:
1982 – Signale aus der Wirtschaft: Der Anfang vom Ende oder die letzte Chance der DDR? Vortrag u. Diskussion mit Dr. Jens Schöne, stellv. LStU Berlin, Dr. Edgar Most, Staatsbank d. DDR/Deutsche Bank, Berlin, Prof. Dr. Werner Plumpe, Wirtschaftshistoriker, Frankfurt/M. u.a.; Veranstaltung d. Berliner LStU u.a. in der Reihe „4 aus 40 Jahren DDR“; Ort: Deutsche Kreditbank AG, Taubenstr. 7–9, Berlin-Mitte

30.10. (Di), 15.00 Uhr:
Achtung Heimkinder Ost! **„Zur Problematik der Antragstellung Fonds Heimerziehung in der DDR“.** Ref. Kerstin Kuzia, anschließend Gesprächsrunde, Mod. Elke Weise; Veranstaltung d. BSV-Fördervereins und des BSV-LV Berlin; Ort: Stasimuseum, Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin, Raum 212

30.10. (Di), 18.00 Uhr:
Erinnerung der Repression – Repression der Erinnerung. Vortrag v. Lena Zhemkova, Geschäftsführerin v. Memorial International; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a.; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

30.10. (Di), 19.00 Uhr:
„Molotow – Der Mann hinter Stalin“. Filmvorführung mit den Filmemachern Ulrich Kasten u. Hans-Dieter Schütt; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

31.10. (Mi) – 2.11. (Fr):
Konferenz **„Schöner Schein und Wirklichkeit. Die SED-Diktatur zwischen Repression, Anpassung und Widerstand“;** Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a.; Ort: Vertretung d. Freistaates Thüringen beim Bund, Mohrenstr. 64, 10117 Berlin; Kontakt: Deutsche Gesellschaft e.V., Mosse Palais, Voßstr. 22, 10117 Berlin, Tel. (030 88 41 21 41, E-Mail dg@deutsche-gesellschaft-ev.de



1.11. (Do), 18.00 Uhr:

20 Jahre SED-Unrechtsbereinigungsgesetz. Podiumsdiskussion; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

1.11. (Do), 19.00 Uhr:

„Feindobjekt“ Marienfelde – Das Ministerium für Staatssicherheit und das Notaufnahmelager. Vortrag v. Dr. Burghard Ciesla u. Diskussion; Veranstaltung d. Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde u.a.; Ort: Erinnerungsstätte, Marienfelder Allee 66/80, 12277 Berlin

5.11. (Mo), 18.00 Uhr:

(Un-)Erfüllte Hoffnungen? Die Innenansichten der Friedlichen Revolution; Podiumsdiskussion d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a.; Ort: Deutsches Historisches Museum Berlin, Zeughauskino, Unter den Linden 2, 10117 Berlin

6.11. (Di), 18.00 Uhr:

Eine deutsche Nation? Deutsch-deutsche Antworten. Veranstaltung d. LStU Berlin u.a. in der Reihe „2x Deutschland. Innerdeutsche Beziehungen 1972–1990“; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

6.11. (Di), 18.30 Uhr:

„Medizin hinter Gittern“. Das Stasi-Haftkrankenhaus in Berlin-Hohenschönhausen. Lesung u. Gespräch mit Tobias Voigt, Autor u. Mitarbeiter der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Gera u.a.; Ort: Stadt- und Kreisbibliothek Greiz, Kirchplatz 4, 07973 Greiz

7.11. (Mi), 17.00 Uhr:

Wo sind wir bloß hingekommen? Die letzten Monate der DDR-Staatssicherheit. Hörabend mit Marcus Heumann, Autor des Hörfunkfeatures, Deutschlandradio, Dr. Elke Kimmel, Autorin d. Features, Historikerin, Arno Polzin, BStU; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Dresden u.a.; Ort: Gymnasium Dresden-Plauen, Aula, Kantstr. 2, 01187 Dresden

7.11. (Mi), 19.00 Uhr:

Aktenlandschaft Jürgen Fuchs. Vom Zersetzungsszenario gegen eine Familie. Ref. Andreas Schmidt, BStU; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Gera u.a.; Ort: Evangelisches Gemeindezentrum, Talstr. 30, 07545 Gera

13.11. (Di), 19.00 Uhr:

„Über Schnee und Geschichte: Notate 1983–2011“. Ulrich Schacht liest aus seinen 2012 erschienenen Tagebüchern; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolai-kirchplatz 5–7, 10178 Berlin

14.11. (Mi), 19.00 Uhr:

„Entrissen. Der Tag, als die DDR mir meine Mutter nahm“. Lesung mit Autorin Katrin Behr; Veranstaltung d. Buchhandlung 89; Ort: Buchhandlung 89, Grünberger Str. 84, 10245 Berlin

Früher Widerstand

(VT) Der frühe Widerstand gegen die zweite deutsche Diktatur in der SBZ/DDR darf nicht in Vergessenheit geraten. Meist junge Menschen, die den Krieg überstanden und letzte, schlimme Erfahrungen mit der NS-Diktatur gemacht hatten, erstrebten demokratische Grundrechte, eine einheitliche Ordnung. Sie wurden in der SBZ/DDR bitter enttäuscht. Auf dem Gelände der gerade befreiten Konzentrationslager entstanden sowjetische Speziallager. Andersdenkende wurden verfolgt, verhaftet, verschleppt. Zahlreiche junge Leute landeten in den Zwangsarbeitslagern der Sowjetunion. Die sowjetischen Militärtribunale fällten für kleinste politische „Vergehen“ Urteile, auch zahlreiche Todesurteile. Nicht selten unterschrieben die Gefangenen Protokolle, die sie nicht verstanden, weil sie in russischer Sprache



abgefaßt waren. Hinter all dem stand der Versuch der ideologischen Gleichschaltung und der Befehl Stalins, möglichst viele potentielle Gefangene in den wirtschaftlichen Aufbau der Sowjetunion einzubinden. Allein in der SBZ/DDR sollten 27 000 Gefangene rekrutiert werden. Der frühe Widerstand setzte sich auch aus Schülern, wie wir sie aus Altenburg, Werdau, Meuselwitz, Markkleeberg, Güstrow und anderen Städten kennen, und von Anfang an aus Studenten zusammen, die an allen Universitäten der SBZ/DDR aufbegehrten, vor allem in Halle und Leipzig, aber auch an der TH Dresden, in Jena, Rostock und Greifswald. Synonym für all die aus politischen Motiven Verurteilten stehen das „Gelbe Elend“ in Bautzen und das Straflager Workuta nördlich des Polarkreises. Die später Freigekommenen sind oft für den Rest ihres Lebens psychisch und physisch gezeichnet. Für viele endete der frühe Widerstand tödlich. Andere haben den Terror und die äußeren Strapazen nicht lange überlebt. An sie zu erinnern ist das Anliegen dieses Buches.

.....
Gerald Wiemers (Hg.): Der frühe Widerstand in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands SBZ/DDR, Leipziger Universitätsverlag 2012, 186 S., 24,- €

Buchtip

Weinen in der Dunkelheit

Das Schicksal
eines Heimkindes
in der DDR

Von
Ursula Burkowski



.....
 Jaron Verlag 2010,
 256 S., 8,95 €

Als die zweijährige Ursula Burkowski im Winter 1953 halbverhungert gefunden wird, hat sich ihre Mutter schon aus Ostberlin in den Westen abgesetzt. Ursula wird in das Kinderheim Königsheide eingewiesen und erfährt dort die Einsamkeit der Gruppenerziehung: Stubenarrest, Appelle und Politdrill. Sie lernt früh, daß von Erwachsenen nicht viel zu erwarten ist, und sie lernt, sich zu wehren.

UOKG-Beratungsstelle

Ruschestr. 103, Haus 1
 10365 Berlin
 Fax (030) 55 77 93 40

Florian Kresse, Jurist, Mo-Fr, 10-12 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 53
 E-Mail kresse@uokg.de

Carola Schulze, Mo-Fr, 12-14 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 52
 E-Mail schulze@uokg.de

Katrin Behr (Thema DDR-Zwangsadoption),
 Mo-Fr, 14-16 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 54
 E-Mail behr@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Kerstin Kuzia (Thema DDR-Heime u. JWH,
 in enger Zusammenarbeit mit der Berliner
 Anlaufstelle „Fonds Heimerziehung“),
 Do 11-16 Uhr
 Tel. (030) 57 79 87 39
 E-Mail kuzia@uokg.de

Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestr. 103, Haus 1
 10365 Berlin
 Tel. (030) 55 49 63 34
 Fax (030) 55 49 63 35
 E-Mail bsv-beratung@gmx.de

Elke Weise, Juristin
 Di 9-18 Uhr, Mi u. Do 10-16 Uhr

Heidi Kulik
 Di u. Do 8-15 Uhr, Mi 9-17 Uhr

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im Oktober Geburtstag haben

Hans Günter Willi Büniger, Günter Radtke am 1. Oktober, Karl Wruck am 2. Oktober, Claus E. Bärsch, Lieselotte Karpinski am 3. Oktober, Elli Decker, Manfred Spuhn am 5. Oktober, Horst Burmeister am 11. Oktober, Walter Böttcher am 16. Oktober, Maria Behr, Gudrun Schramm am 19. Oktober, Gerhard Halko am 20. Oktober, Manfred Baumhäckel, Erwin Nigrin am 21. Oktober, Dieter Zander am 25. Oktober, Gerd Bötge, Wolfgang Klosa am 26. Oktober, Peter Seele am 27. Oktober

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Günther Buchs, Dr. Manfred Buss, Gerold von Busse, Hannelore van Calker, Peter G.M. Feige, Hans-Christoph Flade, Dr. Reimar Fröhlich, Gerhard Glaubig, Kurt Göringer, Jörg Heinrich, Johanna Höfer, Dr. Hansjochen Kochheim, Reinhard Köhler, Barbara Lampe, Reinhard Lehmann, Erich Lienhart, Martin Minkewitz, Dietrich Nolte, Heinz Otto, Eike Christine Radewahn, Dr. Klaus Ruckebrod, Dr. Walter Schöbe, Bodo Uflacker, Roland Ullmann, H. Wüstemann, Ingrid Ziesche

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein, Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, Verwendungszweck „Stacheldraht-Spende“

Das Zitat

Wir werden weniger von der Vergangenheit geprägt als von der Interpretation unserer Vergangenheit.

Terry Eagleton

Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V. (BSV) LV Berlin-Brandenburg

Vorsitzender: Viktor Gorynia

E-Mail: bsvbb@yahoo.de

Sprechzeiten: Mi 9-17 Uhr

BSV-Förderverein für Beratungen

Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1 10365 Berlin

Telefon (030) 55 49 63 34

Fax (030) 55 49 63 35

E-Mail: bsv-beratung@gmx.de

Konto: BSV-Förderverein

Berliner Bank AG, BLZ 100 708 48

Nr. 665 52 45 00

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Bundesvorsitzender: Rainer Wagner

Verbändeoordination: Carola Schulze,

Florian Kresse, Katrin Behr

Sprechzeiten: Mo-Fr 16-18 Uhr

Tel. (030) 55 77 93 51, Fax -40

Leiter der Geschäftsstelle: Theo Mittrup,

Tel. (030) 55 77 93 51

Ruschestr. 103, Haus 1

10365 Berlin

Internet: www.uokg.de

E-Mail: Info@uokg.de

UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,

Deutsche Bank, BLZ 100 700 24


Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin
PVSt. Deutsche Post AG. Entgelt bezahlt

13017#000#0412

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

Redaktion: Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31, E-Mail: der-stacheldraht@web.de
Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, BIC (SWIFT) DEUT DE DB110, IBAN DE58 100 708 480 6655245 01

BUNDESSTIFTUNG AUFARBEITUNG  Gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Herstellung: Satzherstellung Werner Neymanns, Föttinger Zeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24, E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com
Verkaufspreis 1,- Euro
Auflagenhöhe 10 000

Bezug über die Redaktion

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnenstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor. Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 27. September 2012

